

aus: *Archiv für Sozialgeschichte (AfS)*, Bd. 46 (2006), S. 713-736

Ostpolitik – Etappen und Desiderate der Forschung

Zur internationalen Einordnung von Willy Brandts Außenpolitik

Oliver Bange

Nichts – nicht einmal Adenauers Politik der Westbindung und Wiederbewaffnung – hat die Bundesdeutschen an ihrer Außenpolitik so interessiert, fasziniert und entzweit wie die sogenannte Neue Ostpolitik Willy Brandts. In den letzten zehn Jahren hat die Historiografie aus den sukzessiv zugänglichen Quellen, oft unter Mithilfe der Beteiligten, dazu immer neue, teils verblüffende Details geliefert. Die oft reißerischen Meldungen in *Focus*, *Spiegel*, *Bild*, *Stern* sowie die Knoppschen ‚TV-Documentaries‘ gehörten dabei zur ständigen Begleitmusik. Was geschah wirklich? Diese Frage scheint die nunmehr vereinten Deutschen auch heute noch intensiv zu beschäftigen. Grund genug, um nach dem Ablauf der internationalen archivalischen Dreißig-Jahres-Regel den Forschungsstand zu sichten, die wichtigsten Ergebnisse zusammenzutragen, einen Ausblick auf derzeitige Forschungsvorhaben zu geben und einige Desiderata zu formulieren.

Nicht zuletzt in der Auseinandersetzung mit der anglo-amerikanischen Publizistik, etwa Timothy Garton Ashs Werk „Im Namen Europas“ oder Gaddis’ „Rethinking of Cold War History“¹, revidierte auch die jüngere deutsche Historikergeneration zunehmend das überkommene Bild von Willy Brandt als eines unfehlbaren, beinahe naiven Gutmenschen. Es schälte sich zunehmend heraus, dass Brandt innen- wie außenpolitisch sehr langfristig wirkende Strukturveränderungen initiieren wollte; dass seine Ostpolitik eine auf weite Sicht angelegte Strategie zur Transformation kommunistischer Herrschaft war und über die Liberalisierung Zentral- und Osteuropas auch Möglichkeiten zum „Zusammenwachsen“ der beiden deutschen Staaten, womöglich sogar einer Wiedervereinigung, in einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem schaffen wollte. Im Gegensatz zur etablierten publizistischen Meinung deutet dabei manches darauf hin, dass die viel beachtete Ostpolitik und die oft als Anhängsel interpretierte, vorläufig nur west-europäische Integrationspolitik

¹ Timothy Garton Ash, *Im Namen Europas – Deutschland und der geteilte Kontinent*, München 1993; John Gaddis, *We Now Know – Rethinking Cold War History*, Oxford 1997.

Brandts zwei gleichwertige Säulen eines übergreifenden Konzeptes zur „Sozialdemokratisierung“ Gesamteuropas bildeten.²

Von diesen Indikationen und Einsichten ausgehend, stellt die neue Historiografie zur Ostpolitik zunehmend die eigentlich wichtigen Fragen: Zum einen, wie passte die Neue Ostpolitik mit ihrem spezifisch deutschen Anliegen in die Entspannungs-, Sicherheits-, Bündnis- und Integrationspolitik des Westens? Zum anderen, wie wurde sie mit ihrer kaum verhohlenen Agenda zur Transformation im Warschauer Pakt wahrgenommen und welche Reaktionen löste sie dort, auch nach Ländern differenziert, aus? Mit anderen Worten – welche Wirkungen hatte sie in Gesellschaft und Staat und wie weit decken sich diese mit den Intentionen ihrer Vordenker? Es ist wohl kein Zufall, dass diese Fragestellungen in einem engen inhaltlich-theoretischen Zusammenhang mit der aktuellen Fachdiskussion über methodische Ansätze und Forderungen der französischen „histoire croisée“, der deutschen „transnationalen Geschichtsschreibung“, der amerikanischen „new Cold War history“ oder auch der längeren britischen Tradition einer „international history“ stehen. Letztlich stellen diese neuen Forschungsperspektiven zur Ost- und Entspannungspolitik genau jene Fragen nach der grenzübergreifenden politischen und gesellschaftlichen Dynamik, nach nationalen Perzeptionen und ihrem Wandel, die auch die erwähnten Geschichtstheorien in den Mittelpunkt ihres Ansatzes stellen.³ Denn nur so – in ihrer gegenseitigen Beeinflussung und Abhängigkeit – können Menschen und Ereignisse und ihre langfristigen Wirkungen richtig eingeschätzt werden. Die Antwort auf die oben formulierten Fragen zur Ostpolitik ist die Historiografie bislang aber weitgehend schuldig geblieben, da es an der dafür notwendigen multinationalen, multiperspektivischen, eine Verzahnung von Außen- und Innenpolitik, von Sozial-, Diplomatie- und Mediengeschichte anstrebenden Forschung mangelt. Es muss hier aber ausdrücklich konzediert werden, dass ein derartig umfassender Forschungsansatz selbst bei der Darstellung und Analyse von Partialthemen nur äußerst aufwendig zu realisieren ist.

² Zu Brandts Vorstellungen über „Sozialdemokratisierung“ in Europa bzw. weltweit siehe *Bernd Rother*, *Between East and West – Social Democracy as Alternative to Communism and Capitalism: Willy Brandt's Strategy as President of the Socialist International*, Vortrag vor der Konferenz „From Helsinki to Gorbachev, 1975-1985 – The Globalization of Bipolar Confrontation“, Artimino, 27.-29.4.2006; *Oliver Bange*, *On the Path to a Social-Democratic Europe – Trans-European aspects of Brandt's Ostpolitik*, Vortrag auf der Konferenz „Western Europe from the Golden Age to the Age of Uncertainty, 1965-1975“, Trento, 26.-27.5.2006.

³ Auf die unterschiedlichen methodischen Ansätze, ihre Spezifika und die damit verbundene Theoriediskussion kann hier nicht näher eingegangen werden. Für eine Übersicht siehe *Eckart Conze/Ulrich Lappenküper/Guido Müller* (Hrsg.), *Geschichte der internationalen Beziehungen - Erneuerung und Erweiterung einer historischen Disziplin*, Köln 2004; sowie *Wilfried Loth/Jürgen Osterhammel*, *Internationale Geschichte – Themen-Ereignisse-Aussichten*, München 2000. Zur gesellschaftlichen Dynamik der angesprochenen Prozesse vgl. den Bd. 45 des Afs (2005) unter dem Oberthema: „West-Ost-Verständigung im Spannungsfeld von Gesellschaft und Staat seit den 1960er Jahren“.

Der nun folgende Forschungsbericht kann kaum mehr als eine tentative Übersicht sein. Zu vielschichtig, interdependent, facettenreich, vielsprachig, international und letztlich unübersichtlich sind die relevanten Publikationen und Erkenntnisse, als dass ein abschließender, allumfassender Bericht über „status quo“ und „quo vadis“ der Ostpolitik-Forschung möglich wäre. Deshalb sind vorab einige wichtige Einschränkungen und eine Entschuldigung an jene, die nicht oder nicht genügend berücksichtigt werden konnten, notwendig. Der Bericht beschränkt sich zwar auf die Neue Ostpolitik Willy Brandts, versucht aber die für deren Verständnis erforderlichen Erkenntnisse aus der gesamten Bandbreite historiografischer Forschung genauso vorzustellen wie relevante internationale Quelleneditionen und Memoiren neueren Datums und noch unveröffentlichte oder auch unvollendete Forschungsarbeiten, soweit diese dem Autor bekannt sind.⁴

Trotz der vielfach auszumachenden Kontinuitäts- und Entwicklungslinien in den Konzepten für eine Neue Ostpolitik wurde die folgende Darstellung in vier chronologische Abschnitte unterteilt. Dies fördert einerseits Übersichtlichkeit und Zuordnung der vorgestellten Forschungsarbeiten, stellt aber zugleich auch einen Vorschlag des Autors zur Periodisierung des Gegenstandes dar. Dabei werden sowohl die Entwicklung von Brandts ostpolitischem Konzept als auch die in etwa parallel verlaufenden Veränderungen der internationalen Rahmenbedingungen, fokussiert. Zunächst gilt es, die Entwicklung entspannungs- und ostpolitischer Gedanken und Ansätze bei Brandt und anderen sozialdemokratischen, liberalen, aber auch konservativen Vordenkern nachzuzeichnen, die bis 1966 im ideengeschichtlichen Kontext und Wirkungszusammenhang mit dem „Détente“-Konzept de Gaulles, den „Bridge-Building“-Ideen der Johnson-Administration, aber auch den polnischen Abrüstungsplänen und den Vorstellungen einer „friedlichen Koexistenz“ im Umfeld Breschnews entwickelt wurden. Die Realisierung der spezifisch deutschen Vorstellungen in einem sich ständig veränderndem internationalen Umfeld von 1966 bis 1974 fällt in zwei Teile: die durch eine zögerliche CDU/CSU, eine sich nur langsam drehende öffentliche Meinung, den Ereignissen von 1968 und dem Bundestagswahlkampf von 1969 in ihrer Ostpolitik mannigfaltig eingeschränkte Große Koalition – und das sozial-liberale Regierungsbündnis unter der Kanzlerschaft Brandts bis zu dessen Rücktritt im April 1974. Die „Berliner Willy-Brandt-Ausgabe“ hat diesen verschiedenen Wirkungszusammenhängen (zwischen Ost-, Europa- und Bündnispolitik, zwischen den Ostpolitikern der alten Großen und

⁴ Der Autor dankt Wilfried Loth, Klaus Hildebrand und Gottfried Niedhart für ihre Informationen über in Vorbereitung befindliche Forschungsarbeiten. Weitere Erkenntnisse brachte die gemeinsam von der London School of Economics, der George Washington University und der University of California/Santa Barbara im April 2006 in London veranstaltete Doktorandenkonferenz.

der neuen sozial-liberalen Koalition) Rechnung getragen und den zuletzt edierten Schlüsselband zur Außenpolitik Brandts in den Zeitrahmen von 1966 bis 1974 gesetzt, ohne dabei „Ostpolitik“ auch nur im Titel zu erwähnen.⁵ Manches spräche dafür, auch diesen Forschungsbericht 1974 abzuschließen. Dagegen steht jedoch, dass die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) zugleich den langfristig geplanten konzeptionellen Höhepunkt der Brandtschen Ostpolitik wie auch den Brennpunkt der internationalen Entspannungsära darstellt und deshalb in einer Übersicht der Historiografie zur Ostpolitik keinesfalls fehlen darf.

I. Die Entwicklung eines neuen ostpolitischen Ansatzes bis 1966

Der Begriff Neue Ostpolitik wird wohl auf immer mit dem Namen Willy Brandts verbunden bleiben – weshalb sich Ostpolitikforschung und neuere Ansätze der historischen Biografie auch besonders gerne und oft die Hände gereicht haben. Die vorläufig letzten Brandt-Biografien stammen von Peter Merseburger, Gregor Schöllgen und Brigitte Seebacher-Brandt⁶, bieten viele und sogar mancherlei neue Bonmots aus dem Persönlichen. Das Buch von Seebacher-Brandt, zugleich Historikerin und letzte Ehefrau Willy Brandts, stand gerade wegen angeblich überzogener Deutungen im Zentrum öffentlicher Kritik. Das Bild des vornehmlich in nationalen Kategorien denkenden Brandt sei stark subjektiv gefärbt und selektiv, der Konspirationsvorwurf gegen Herbert Wehner spekulativ.⁷ Beim Historiker Schöllgen hingegen führte analytische Blässe ausgerechnet im Politischen gepaart mit der völligen Absenz von Quellenangaben zu unzweideutigen Fachrezensionen.⁸ Der Publizist Merseburger hat die bis dato wohl gelungenste Brandt-Biographie vorgelegt, obwohl auch sie keineswegs endgültig sein dürfte. Besonders sinnfällig wird darin die Bedeutung der frühen Jahre Brandts für seine spätere Politik in Bonn herausgearbeitet; der Rücktritt wird als Resultat einer – detailliert dargestellten – persönlichen Krise verstanden.

Zwar lagen – wie mehrere Publikationen zum Thema gleich im Titel anführen – die Ursprünge von Brandts Ostpolitik in seinen Berliner Erfahrungen begründet. Dennoch lassen

⁵ *Willy Brandt*, Ein Volk der guten Nachbarn – Außen- und Deutschlandpolitik 1966-1974, bearb. von Frank Fischer (Berliner Ausgabe, Bd. 6), Bonn 2005. Siehe auch die Rezension des Autors in H-Soz-u-Kult im April 2006 (www.hsozkult.geschichte.hu-berlin.de). Der nächste Band der Berliner Willy-Brandt-Ausgabe zur Zeit seiner Präsidentschaft der Sozialistischen Internationalen soll im August 2006 erscheinen. Siehe dazu die Webpage der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung unter www.bwbs.de.

⁶ *Peter Merseburger*, Willy Brandt 1913-1992 – Visionär und Realist, Stuttgart 2002; *Gregor Schöllgen*, Willy Brandt – Die Biographie, Berlin 2001; *Brigitte Seebacher-Brandt*, Willy Brandt, München 2004.

⁷ So die Rezension von Siegfried Schwarz in: www.hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2004-4-034.

⁸ Besonders deutliche Wertungen finden sich bei Claudia Hiepel („laienpsychologisch“), in: www.hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/ZG-2002-069 vom 10.5.2002; sowie Richard Meng („in der Deutung nicht besonders ambitioniert“) in der Frankfurter Rundschau, 29.10.2001.

sich die hinter seiner Ostpolitik liegenden Grundsätze und Werte bereits in seiner frühen Biografie bis 1947 nachweisen. Dies gilt für Brandts Wertesystem – etwa dem Kampf gegen Diktaturen, für persönliche Freiheit und deren materielle Absicherung – genauso wie für die großen Linien seiner Regierung, angefangen von der Lösung des deutschen Problems in einem europäischen Rahmen, der Notwendigkeit eines Bündnisses mit Frankreich und eines auch territorialen Ausgleichs mit Polen. Einhart Lorenz ist es gelungen, im zweiten Band der Berliner Brandt-Ausgabe genau dazu eine ganze Reihe wichtiger Dokumente zusammenzustellen, was den Zugriff auf diese teils abgelegenen Quellen als auch das Verständnis für Brandts komplexe Persönlichkeit wesentlich erleichtert.⁹ Überhaupt fällt auf, dass die Standardwerke von Hans Georg Lehmann und Einhart Lorenz zu Brandts Antifaschismus und „Strafexpatriation“ sowie zu seinen Erfahrungen in der skandinavischen Emigration bereits einige Jahrzehnte alt sind.¹⁰ Ob sich hier überhaupt noch Neues entdecken läßt? In der Tat fällt gerade aus der Retrospektive der Neuen Ostpolitik auf, wie sehr Brandt durch seine Arbeit für norwegische und schwedische Stellen, für amerikanische und britische Geheimdienste geprägt wurde, wie sehr die Ideen von Roosevelts „New Deal“, des skandinavischen Reformsozialismus und der britischen Labour-Bewegung sein eigenes Denken beeinflussten: Reform statt Revolution, Freiheit und Sicherheit für alle, die Macht der Idee als Wasser auf dem Granit der Realität.¹¹ Brandts Gedanke einer „Sozialdemokratisierung Europas“ wurde in Skandinavien geboren, seine Ostpolitik aber in Berlin.¹² Vom Prinzip langfristig angelegter politischer Veränderungen zur „Politik der kleinen Schritte“ war es – zumindest theoretisch – nicht sehr weit. Doch damit stand Willy Brandt, wie Wolfgang Schmidt eindrücklich belegt, lange Zeit selbst innerhalb der Berliner SPD und dann immerhin schon als Regierender Bürgermeister Berlins und Kanzlerkandidat bis 1965 auch innerhalb der westdeutschen Sozialdemokratie in der Minderheit.¹³ Bereits vor

⁹ *Willy Brandt, Zwei Vaterländer – Deutsch-Norweger im schwedischen Exil, Rückkehr nach Deutschland*, bearb. von Einhart Lorenz (Berliner Ausgabe, Bd. 2), Bonn 2000.

¹⁰ *Hans Georg Lehmann, In Acht und Bonn – Politische Emigration, NS-Ausbürgerung und Wiedergutmachung am Beispiel Willy Brandts*, München 1976. *Einhart Lorenz, Willy Brandt in Norwegen – Die Jahre des Exils 1933-1940*, Kiel 1989.

¹¹ Zum zeithistorischen Hintergrund in der „Verwestlichung“ der SPD und der westdeutschen Gewerkschaften siehe *Julia Angster, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie – Die Westernisierung von SPD und DGB von 1940 bis 1965*, München 2003.

¹² Für relevante Dokumente zum Berliner Hintergrund der Brandtschen Ostpolitik stehen nun gleich drei Akteneditionen zur Verfügung: Dokumente zur Deutschlandpolitik (besonders die Reihe IV), sowie die Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (Jahresbände 1963-1966), die insbesondere Quellen zu den Passierscheinabkommen enthalten; sowie der von Siegfried Heimann bearbeitete Band 3 der Berliner Ausgabe (*Willy Brandt, Berlin bleibt frei – Politik in und für Berlin 1947-1966*, Bonn 2004).

¹³ *Wolfgang Schmidt, Kalter Krieg, Koexistenz und kleine Schritte – Willy Brandt und die Deutschlandpolitik 1948-1963*, Wiesbaden 2001; ders., *Die Wurzeln der Entspannung – Der konzeptionelle Ursprung der Ost- und Deutschlandpolitik Willy Brandts in den fünfziger Jahren*, in: VfZ 51 (2003), S. 521-563.

der Berlinkrise von 1958-1961 argumentierte Brandt öffentlich für eine „aktive Ostpolitik“, welche die notwendige, sicherheitsrelevante Westpolitik sinnvoll ergänzen sollte. Dabei verfolgte das Team um Brandt eine Doppelstrategie aus kurzfristigen politischen und humanitären Zielen und langfristigen Erwartungen zur Veränderung der Gesamtsituation. Erst die „Normalisierung“ kultureller, ökonomischer und politischer Beziehungen würde die Möglichkeit eröffnen, auch im kommunistischen Machtbereich wirksam zu werden und dort einen friedlichen Wandel zu induzieren.¹⁴ Der Mauerbau von 1961 belegte die Aussichtslosigkeit der Roll-Back-Politik der Eisenhower- und Adenauer-Zeit und führte in Folge zu einer intensiven Suche der Kennedy-Administration nach Alternativen. Brandt nutzte die Gunst der Stunde und diente dem amerikanischen Außenminister in einem angeblich vertraulichen, aber schon bald in mehreren Presseorganen publizierten Schreiben seine Ideen für eine neue Entspannungspolitik an. Arne Hoffmann zeigt in seiner Londoner Dissertation, wie daraus nach anfänglichen Mißtönen eine bis ans Ende der Johnson-Administration wirksame, persönliche Allianz der beiden Transformationspolitiker wurde – denn auch der amerikanische Außenminister Dean Rusk hatte längst über ganz ähnliche Ansätze nachgedacht, sowohl den Ost-West-Konflikt zu zivilisieren als ihn auch im eigenen Sinne langfristig zu entscheiden.¹⁵

Diese transatlantische Befruchtung führte zu einem zunehmend komplexeren Konzept für eine neue, aktivere Ostpolitik, die sich dann in den berühmten Reden Brandts in Harvard 1962 und von Brandt und Bahr in Tutzing 1963 niederschlugen, wo Bahr zwar das eingängige Motto vom „Wandel durch Annäherung“ prägte, Brandt anschließend aber sehr viel durchsichtiger Wirkung und Ziel seiner Ostpolitik erläuterte.¹⁶ Besonders deutlich wurden die Mechanismen, die das Berliner Team durch seine Kontakt- und Kommunikationspolitik im Osten auszulösen gedachte, wiederum in einem ausführlichen Memorandum Brandts an Rusk im August 1964 formuliert und letztlich in den Passierscheinabkommen von 1963 und 1964 mit der DDR-Führung wie in einem Modellversuch (oder „in einer Nußschale“, wie es Egon Bahr später formulierte) umgesetzt.¹⁷ Ob man darin, wie Speicher¹⁸ und Schmidt formuliert

¹⁴ Dazu besonders deutlich *Gottfried Niedhart*, *The East-West Problem as Seen from Berlin – Willy Brandt's Early Ostpolitik*, in: *Wilfried Loth* (Hrsg.), *Europe, Cold War and Co-existence 1953-1965*, London 2004, S. 285-296.

¹⁵ *Arne Hofmann*, *The Emergence of Détente in Europe – Willy Brandt, John F. Kennedy and the Formation of Ostpolitik*, PhD, LSE 2004, soll 2006 bei Routledge erscheinen.

¹⁶ Abgedruckt in *Willy Brandt*, *Der Wille zum Frieden*, Hamburg 1971; sowie die Tutzinger Reden in *Dokumente zur Deutschlandpolitik*, Reihe IV, Bd. 9, S. 565-575.

¹⁷ *Egon Bahr*, *Zu meiner Zeit*, München 1996, S. 164. Dazu auch *Gerhard Kunze*, *Grenzerfahrungen – Kontakte und Verhandlungen zwischen dem Land Berlin und der DDR 1949-1989*, Berlin 1999; sowie *Jacques Schuster*, *Heinrich Albertz – Der Mann, der mehrere Leben lebte*, Berlin 1997.

haben, bereits *die* Ursprünge und *das* Konzept der Neuen Ostpolitik oder gar der Entspannungsära als solcher sehen muss, bleibt allerdings fraglich. Sicherlich finden sich in dieser ersten Phase Ziel, Transformationsstrategie und erste realpolitische Schritte. Doch genauso fehlen noch wichtige Ergänzungen, um daraus *die* „Neue Ostpolitik“ der Großen und der sozial-liberalen Koalition werden zu lassen. Dazu gehörte eine umfassende „Westverankerung“ genauso wie die „Multilateralisierung“ in einem Europäischen Sicherheitssystem, das neben der Transformationsstrategie zur Säule der Brandtschen Ostpolitik werden sollte, da man glaubte, nur in diesem Rahmen eine deutsche Lösung finden zu können. Im Gegensatz zu Schmidt, der vornehmlich aus deutschen Quellen arbeitend sozusagen eine endogene Entwicklungstheorie vertritt, weisen Speicher und Hoffmann nachdrücklich und detailliert auf die Bedeutung amerikanischer Ideen in der Konzeptualisierung hin.

Tatsächlich gab es aber noch eine ganze Reihe weiterer Personen, die in verschiedenen Städten des Westens zu ganz ähnlichen Schlüssen gelangten. Marie-Pierre Rey und Maurice Vaisse haben die Entwicklung von de Gaulles „Détente“-Konzept in mehreren Stufen beschrieben – mit ganz ähnlichen Tendenzen in ihren endogenen und exogenen Interpretationsansätzen.¹⁹ Wie sehr Willy Brandt von de Gaulles Ideen angezogen wurde, zeigen auch diverse Beiträge zur Münchner Konferenz „Willy Brandt und Frankreich“²⁰ im Jahr 2003, zu der es in diesem Jahr eine weitere durch Andreas Wilkens organisierte Veranstaltung geben wird. Aber innerhalb des politischen Establishments der Bundesrepublik Deutschland stand Willy Brandt mit derartigen Überlegungen keineswegs allein. Bereits Adenauer hatte über eine Öffnung nach Osten nachgedacht und mit de Gaulle darüber privatissime einen intensiven Gedankenaustausch gepflegt.²¹ Über die Bedeutung seines „Burgfriedensplanes“ ist in der Historiografie zuletzt viel spekuliert worden.²² Es wäre zu hoffen, dass die Bonner Dissertation von Cordula Kühlem über Hans Kroll, Adenauers Botschafter in Moskau während der zweiten Berlinkrise, hier ein neues, helleres Licht werfen kann. Doch letztlich war die Zeit für einen solchen Schritt zumindest in den konservativen Wählerschichten noch nicht reif oder die Union zu festgefahren in ihrer etablierten Position

¹⁸ Peter C. Speicher, *The Berlin Origins of Brandt's Ostpolitik 1957-1966*, PhD Cambridge 2000.

¹⁹ Maurice Vaisse, *La Grandeur – Politique étrangère du général de Gaulle 1958-1969*, Paris 1998; Marie-Pierre Rey, *La Tentation Du Rapprochement – France et URSS à l'heure de la détente, 1964-1974*, Paris 1991.

²⁰ Horst Möller/Maurice Vaisse (Hrsg.), *Willy Brandt und Frankreich*, München 2005 (Sondernummer der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte).

²¹ Archives Nationales, Paris (AN), Archives de la présidence de la République - Président de Gaulle (5 AG 1, 160-168)

²² Vgl. zuletzt: Volker Erhard, *Adenauers deutschlandpolitische Geheimkonzepte während der zweiten Berlinkrise 1958-1962, Eine Studie aus den Akten der westlichen Diplomatie*. Hamburg 2003.

gegenüber dem Osten. Auch Adenauer ruderte schnellst möglich zurück, nachdem er die Sowjetunion auf dem CDU-Parteitag 1966 als „friedliebende Macht in Europa“ bezeichnet hatte. Ähnlich erging es auch den zaghaften ostpolitischen Neuansätzen von Erhard und seinem Außenminister Gerhard Schröder²³, deren „Friedensnote“ vom März 1966 in eine außen- und innenpolitische Zange geriet: Während sich im Warschauer Pakt die DDR um ihre Abblockung bemühte, wurde jedweder ostpolitischer Bewegungsdrang in den innerparteilichen Auseinandersetzungen zwischen den sogenannten „Gaullisten“ und „Atlantikern“ weitgehend erstickt.²⁴ Die Weitsichtigen in der Union hielten sich ostpolitisch jedenfalls bedeckt, wie Kurt Georg Kiesinger, der intern bereits in den fünfziger Jahren die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als unvermeidbar bezeichnete oder auch Alois Mertes, über den eine Dissertation in Vorbereitung ist.²⁵ Bei der FDP arbeitete Wolfgang Schollwer in enger Abstimmung mit Walter Scheel, Hans-Wolfgang Rubin und Hans-Dietrich Genscher Anfang der sechziger Jahre scharfsinnige Vorschläge zur Deutschland- und Ostpolitik aus, die ebenfalls eine pragmatische Intensivierung der Kontakte mit transformatorischem Kalkül verbanden. Doch ähnlich wie in der SPD und der Union blieben auch diese Ansätze Außenseiterpositionen bis zum Sturz der alten Männer durch die „Jungtürken“ 1968.²⁶

²³ Zu Schröders Außenpolitik: *Franz Eibl*, Politik der Bewegung – Gerhard Schröder als Außenminister 1961-1966, München 2001; *Torsten Oppelland*, Gerhard Schröder 1910-1989 – Politik zwischen Staat, Partei und Konfession, Düsseldorf 2002. Eine Perzeptionsanalyse der Schröderschen Politik in Ost und West ist durch die rein deutsche Quellenbasis nicht gegeben. Damit bleibt die Frage danach, wie diese Politik insbesondere im Osten wahrgenommen wurde und ob dies den Intentionen und der Selbstwahrnehmung Schröders entsprach, weiter unbeantwortet. Auch zur Außenpolitik der Erhard-Regierung bleibt ein international vergleichender Ansatz also nach wie vor ein wichtiges Forschungsdesiderat.

²⁴ Besonders aufschlussreich die Freiburger Dissertation von *Tim Geiger*, die 2006 im Oldenbourg Verlag erscheinen soll. Dazu ferner: *Reiner Marcowitz*, Option für Paris? Unionsparteien, SPD und Charles de Gaulle, München 1996; sowie *Eckart Conze*, Staatsräson und nationale Interessen - Die "Atlantiker-Gaullisten"-Debatte in der westdeutschen Politik- und Gesellschaftsgeschichte der 1960er Jahre, in: *Ursula Lehmkuhl* u.a. (Hrsg.), Deutschland, Großbritannien, Amerika. Politik, Gesellschaft und Internationale Geschichte im 20. Jahrhundert. Festschrift für Gustav Schmidt zum 65. Geburtstag, Stuttgart 2003, S. 197-226.

²⁵ *Georg Schneider*, Alois Mertes als Außenpolitiker, Dissertationsprojekt an der Universität Bonn.

²⁶ *Volker Erhard*, Die Schollwer-Papiere von 1962 und 1967 – Meilensteine auf dem Weg der FDP zur neuen Deutschland- und Ostpolitik, in: *Reinhard Hübsch/Jürgen Fröhlich* (Hrsg.), Deutsch-deutscher Liberalismus im Kalten Krieg – Zur Deutschlandpolitik der Liberalen 1945-1970, Potsdam 1997; *Mathias Siekmeier*, Restauration oder Reform? Die FDP in den sechziger Jahren – Deutschland- und Ostpolitik zwischen Wiedervereinigung und Entspannung, Köln 1998. *Gottfried Niedhart*, Friedens- und Interessenswahrung – Zur Ostpolitik der FDP in Opposition und sozial-liberaler Regierung 1968-1970, in: *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung* 7, 1995, S. 105-126; *Wolfgang Schollwer*, Aufzeichnungen, 3 Bd. (Potsdamer Tagebuch 1948-1950, Liberale Opposition gegen Adenauer 1957-1961, FDP im Wandel 1961-1966), bearb. von Monika Faßbender, München 1988, 1991, 1994. Mittlerweile ist noch ein vierter Band erschienen, der die Lücken der fünfziger Jahre schließt: ders., Gesamtdeutsch ist uns Verpflichtung – Aufzeichnungen aus dem FDP-Ostbüro 1951-57, bearb. von Jürgen Fröhlich, Bremen 2004.

Einflussreiche Journalisten setzten sich für einen Ausgleich mit dem Osten und einen Bewusstseinswandel der öffentlichen Meinung in Deutschland ein.²⁷ Oft genug geschah dies im Schulterschluss mit Willy Brandt, was die Frage aufwirft, wer hier wen und wie beeinflusste – die Journalisten als ostpolitische Ideen- und Ratgeber die Politik oder die Neuen Ostpolitiker die öffentliche Meinung durch ihr systematisch aufgebautes und gepflegtes Netz an Medienkontakten. Eine Frage, der sich besonders ausführlich die Habilitation von Daniela Münkler widmet.²⁸ Die Gewerkschaften – nicht zuletzt die Brandt verbundenen Gewerkschaftsführer Ludwig Rosenberg und Otto Brenner – unterstützten diesen Wandel mit „flankierenden Maßnahmen“²⁹, sowohl die Öffnung nach Osten als auch die gesellschaftliche Abschottung gegen den Kommunismus betreffend, wie die Mannheimer Dissertationen von Jens Hildebrandt und Jens Schultz zeigen dürften. Und die Großindustrie erhoffte sich, wie Karsten Rudolph zuletzt detailliert aufzeigte, nicht zuletzt neue alte Absatzmärkte.³⁰ Ob hier, wie der Deutschbanker F. Wilhelm Christians etwas omnipotent verkündete, tatsächlich „Handel vor Wandel“ – also Ostkontakte der westdeutschen Wirtschaft vor ostpolitischer Diplomatie rangierte, sowohl chronologisch als auch in der Bewertung der Einwirkungsmöglichkeiten – muss offen bleiben. Zumindest Volker Berghahn hat hier einen deutlich differenzierteren Ansatz vorgelegt, den es aber noch zu verdichten und wo möglich auch nach Wirtschaftssektoren zu differenzieren gilt.³¹ Einen ersten, wichtigen Schritt in diese Richtung stellt Werner Lipperts auf Englisch verfaßte Dissertation dar, in der nicht nur die Beziehung zwischen westdeutschem Osthandel und Ostpolitik beleuchtet wird, sondern diese auch noch mit den internationalen Rahmenbedingungen des Ost-West-Konfliktes verknüpft und gedeutet werden. Im Ergebnis sieht Lippert den Osthandel als einen

²⁷ Guido Thiemeyer, „Wandel durch Annäherung“ – Westdeutsche Journalisten in Osteuropa 1956-1977, in: AfS 45 (2005), S. 101-116. Für die Sicht eines dieser Journalisten siehe Peter Bender, Die „Neue Ostpolitik“ und ihre Folgen – Vom Mauerbau bis zur Vereinigung, München 1995 (4. Aufl.).

²⁸ Daniela Münkler, Willy Brandt und die „Vierte Gewalt“ – Politik und Massenmedien in den 50er bis 70er Jahren (Habil. Hannover 2004), Frankfurt/M 2006. Zu dem Thema Willy Brandt und die deutschen Medien finden sich auch einige Dokumente in dem von Münkler bearbeiteten Band 4 der Berliner Ausgabe: *Willy Brandt, Auf dem Weg nach vorn – Willy Brandt und die SPD 1947-1972*, Bonn 2000, etwa bis 1966 die Dokumente 7, 15, 25, 31A, 38, 53, 54, 56, 59A, 61, 63 uvm.

²⁹ Hans O. Hemmer, Flankierende Maßnahmen – Gewerkschaftliche Ostpolitik zwischen Kaltem Krieg und Entspannung, in: *Christian Jansen/Lutz Niethammer/Bernd Weisbrod* (Hrsg.), Von der Aufgabe der Freiheit – Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert (FS für Hans Mommsen), Berlin 1995, S. 171-187. Außerdem die Edition der Sitzungsprotokolle des DGB-Vorstandes bei *Jens Hildebrandt/Boris Schwitzer* (Bearb.), Der Deutsche Gewerkschaftsbund 1956-1963, Bonn 2005. Die Mannheimer Dissertationen von *Jens Hildebrandt* und *Jens Schultz* mit ihren Schwerpunkten auf den sechziger bzw. den siebziger Jahren sind in Vorbereitung.

³⁰ *Karsten Rudolph*, Wirtschaftsdiplomatie im Kalten Krieg – Die Ostpolitik der westdeutschen Großindustrie 1945-1991, Frankfurt/M 2004.

³¹ *F. Wilhelm Christians*, Wege nach Rußland – Bankier im Spannungsfeld zwischen Ost und West, Hamburg 1989; *Volker R. Berghahn* (Hrsg.), Quest for Economic Empire – European Strategies of German Big Business in the Twentieth Century, Providence 1996.

Transmissionsriemen für ostpolitische Transformationsstrategien bei sich ständig verändernden Spielräumen im westlichen Bündnis.³²

Von besonderer Bedeutung für den Kampf um die öffentliche Meinung in Westdeutschland waren die kirchlichen Initiativen des Jahres 1965. Über die Ostdenkschrift der EKD ist viel gesagt und geschrieben worden. Eine umfassende historiografische Analyse ihrer Wirkungsgeschichte steht allerdings noch aus, kann aber auf die Vorarbeiten von Greschat und Mechtenberg aufbauen.³³ Daher sind die Konferenzen des Jahres 2005 zum Jahrestag des Briefwechsels des katholischen und westdeutschen Episkopats besonders zu begrüßen. Die dabei mehr oder weniger latente Tendenz zur gegenseitigen Seligsprechung sollte aber nicht verdecken, dass hier auf beiden Seiten handfeste innenpolitische Interessen die Feder führten – beim polnischen Primas Wyszynski das Kalkül im nationalistischen Wettstreit mit dem Kommunisten Gomulka die Emotionen der Polen in der katholischen Kirche zu bündeln, und bei der ausweichenden Antwort der westdeutschen Bischöfe die Befürchtung, bei einer Anerkennung der polnischen Westgrenze sich allzu sehr gegen die Mehrheitsmeinung der eigenen Mitglieder zu stellen.³⁴ Eine besondere Rolle nahmen die deutschen Vertriebenenverbände ein, deren Forderungen bis 1966 scheinbar von allen Parteien mitgetragen wurden. Da sich Pertti Ahonen in seiner beispielhaften Studie über Einfluss und Zusammensetzung der Vertriebenenverbände vornehmlich auf die fünfziger Jahre konzentriert,³⁵ ist die ausführliche Analyse der Wechselwirkungen zwischen der zunehmenden Integration der Vertriebenen in die westdeutsche Gesellschaft, der Neuen Ostpolitik und der Polarisierung der Vertriebenenverbände gegen Ende der sechziger, zu Beginn der siebziger Jahre, die Matthias Stickler vorgelegt hat, zu begrüßen.³⁶ Insbesondere

³² *Werner Lippert*, Richard Nixon's Détente and Willy Brandt's Ostpolitik – The Politics and Economic Diplomacy of Engaging the East, PhD, Vanderbilt, 2005.

³³ Erste Ansätze in *Theo Mechtenberg*, Deutschland-Polen – Die Öffentlichkeitswirksamkeit der EKD-Denkschrift im Vergleich zum Briefwechsel der katholischen Bischöfe 1965, in: Ost-West-Informationsdienst 189 (1996), S. 41-50; *Martin Greschat*, Protestantismus und evangelische Kirche in den 60er Jahren, in: *Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers* (Hrsg.), Dynamische Zeiten – Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 544-581. Demnächst auch *Oliver Bange/Tim Geiger*, Die kirchlichen Versöhnungsinitiativen und die Reaktion der deutschen Volksparteien, in dem zu diesem Problemkomplex demnächst erscheinenden (und im Folgenden angeführten) Tagungsband.

³⁴ Von den im Herbst 2005 in Berlin und Warschau veranstalteten Konferenzen „Von der Versöhnung zur Zusammenarbeit – Zum 40. Jahrestag des Briefwechsels der polnischen und deutschen Bischöfe“ soll 2006 ein von *Friedrich Boll/Klaus Ziemer/Piotr Madajczyk* edierter Sammelband im Bonner Dietz-Verlag erscheinen. Erste Details zu den innen-, gesellschafts- und kirchenpolitischen Hintergründen bei *Karl-Joseph Hummel*, Der Heilige Stuhl, deutsche und polnische Katholiken 1947-1978, in: AfS 45 (2005), S. 165-214.

³⁵ *Pertti Ahonen*, After the Expulsion – West Germany and Eastern Europe, 1945-1990, Oxford 2003. Ahonen liefert auch erste Erklärungsansätze für die oben skizzierten Wechselwirkungen in ders., German Expellee Organizations – Between Revisionism and Reconciliation, in: AfS 45 (2005), S. 353-372.

³⁶ *Matthias Stickler*, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“ – Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949-1972, Düsseldorf 2004.

in Sticklers Nachzeichnen der Veränderungen in den „heimatpolitischen Zielsetzungen“ der Vertriebenenverbände zeigt sich umgekehrt aber auch der Einfluss, den Entspannungs- und Ostpolitik auf diese auszuüben begannen.

II. Erste Versuche zur internationalen Umsetzung und weitere Konzeptionalisierung während der Großen Koalition 1966 bis 1969

Als die Große Koalition im November/Dezember 1966 gegründet wurde, drängte Egon Bahr den neuen Außenminister Brandt, nun endlich „umzusetzen“, was in den gemeinsamen Berliner Zeiten lediglich „gedacht“ worden war.³⁷ Doch gerade die Umsetzung war wesentlich schwieriger als gedacht – und das nicht nur wegen der unwilligen Fraktionsmehrheit beim Koalitionspartner CDU/CSU. Nach dem, wie es zunächst schien, schnellen Erfolg der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien erfolgte umgehend eine Blockade der Neuen Ostpolitik, die im Warschauer Pakt nicht, wie man im Westen glaubte von Ulbricht („Ulbricht-Doktrin“), sondern vornehmlich durch Gomulka organisiert wurde. Während Ulbricht vehement auf die Unterstützung der Paktgenossen gegen Bonn und für die internationale Anerkennung der DDR pochte, gelang es Gomulka durch geschickte Diplomatie die jeweiligen nationalen Forderungen an Bonn aus dem Warschauer Pakt in ein Paket zusammenzubinden – und damit selbst die schwankende sowjetische Führung wieder in die Paktraison zu zwingen. Erst nach Anerkennung der DDR, nach einer Ungültigkeitserklärung des Münchner Abkommens „von Anfang an“ und nach einem definitiven westdeutschen Verzicht auf Atomwaffen sollte es demnach zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Bonn kommen. Die Wiederaufnahme offizieller Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien ein Jahr nach dem Abschluß mit Rumänien implizierte bereits die endgültige Aufgabe der „Hallstein-Doktrin“³⁸ und erfolgte konsequenterweise ohne vorherige Zustimmung der Unionsfraktion.

1968 brachte mit dem Prager Frühling, den Studentenunruhen, der Realisierung des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages ohne bundesdeutsche Unterschrift, der Invasion der CSSR und der danach notwendigen Anpassung des von Brandt und Kiesinger gemeinsam getragenen ostpolitischen Konzeptes an neue Realitäten viel Licht und Schatten. Die letzten

³⁷ Zitiert in *Gottfried Niedhart/Oliver Bange*, Die „Relikte der Nachkriegszeit“ beseitigen – Ostpolitik in der zweiten außenpolitischen Formationsphase der Bundesrepublik Deutschland im Übergang von den Sechziger zu den Siebzigerjahren, in: AfS 44 (2004), S. 415-448, hier S. 424.

³⁸ Die beste Darstellung aus Bonner Perspektive hierzu: *Werner Kilian*, Der diplomatische Krieg zwischen der BRD und der DDR 1955-1973, Berlin 2001; sowie neuerdings *William G. Gray*, *Germany's Cold War - The Global Campaign to Isolate East Germany 1949-1969*, Chapel Hill 2003; demgegenüber veraltet und ohne nennenswerte Quellenbasis *Rüdiger Marco Booz*, „Hallsteinzeit“ - Deutsche Außenpolitik 1955-1972, Bonn 1995.

neun Monate Ost- und Außenpolitik der Großen Koalition wurden bereits vom Wahlkampf überschattet, wobei es den Spitzen in Auswärtigem und Kanzleramt nach einer privaten Absprache im April 1969 immerhin gelang, kritische ostpolitische Themen, wie den besagten Nichtverbreitungsvertrag (von Strauß und seinem Assistenten Marcel Hepp in einen „Atomsperrvertrag“ verballhornt), die Berlinkrise um die Abhaltung der Bundesversammlung und die Gespräche mit Moskau über einen Gewaltverzicht weitgehend aus Hitze und Hetze des Wahlkampfes herauszuhalten, um das bereits „gemeinsam Erreichte“³⁹ nicht zu gefährden. Überhaupt wird das in Publizistik und kollektiver Erinnerung etablierte Bild der ersten Großen Koalition von einem immer wiederkehrenden Stereotyp geprägt: einer retardierenden Union, die den Reformelan der SPD solange ausbremst, bis diese durch die Bildung der sozial-liberalen Koalition nach den Bundestagswahlen vom September 1969 den Gordischen Knoten endgültig durchschlägt und eben in der Bahrschen Diktion „umsetzt“. Hinzu kommt, dass die Außen- und vor allem die Ostpolitik als aufsehenerregendstes Politikfeld dieser Jahre die historische und, wie noch zu zeigen sein wird, auch historiografische Wahrnehmung der Großen Koalition bis heute dominiert. Bereits die wertvolle und auch heute noch weitgehend gültige Überblicksdarstellung von Klaus Hildebrand von 1984 zeigte, dass diese Überzeichnung den vielschichtigen Realitäten und vielfältigen gemeinsamen Reforminitiativen dieser Koalition nicht gerecht wird.⁴⁰

Für die Neue Ostpolitik bildeten die Jahre von 1966 bis 1969 ein großes konzeptionelles und realpolitisches Testfeld, ohne dass die für Zeitgenossen oft unglaubliche schnelle Umsetzung in den ersten Jahren der sozial-liberalen Koalition kaum möglich gewesen sein dürfte. Nach der Reaktion auf Rumänien war klar, dass es keine aus dem Blockkontext gelösten bilateralen Ansätze geben würde, dass vor einem Durchbruch erst umfassend mit allen Mitgliedern des Warschauer Paktes und vor allem der Sowjetunion über deren jeweilige Forderungen an die Bundesregierung verhandelt werden musste. Die Ereignisse in der CSSR 1968 brachten im Ergebnis eine Forcierung des „Moscow first“-Ansatzes.⁴¹ Die Gewaltverzichtsgespräche mit der sowjetischen Führung erwiesen sich dabei als ein ideales Vehikel, um die gesamte Breite bilateraler, deutschland- und bündnispolitischer Probleme anzusprechen und die jeweiligen Spielräume auszuloten.⁴² All dies brachten Diehl und Bahr

³⁹ Brandt an Kiesinger, 18.9.1969. AdsD: WBA, BAM, Mape 13.

⁴⁰ Klaus Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition 1963-1969, Mannheim 1984.

⁴¹ Hans-Peter Schwarz, Die Regierung Kiesinger und die Krise in der CSSR 1968, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 47 (1999), S. 164ff.

⁴² Dass auch hier nicht bei Null angefangen wurde, zeigt die bei Ingeborg Koza, Deutsch-sowjetische Kontakte in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur 1963-1967, Münster 2002, ausführlich dargelegte Vorgeschichte.

als engste außenpolitische Mitarbeiter des CDU-Kanzlers bzw. des SPD-Außenministers in ein, wie sie wohl glaubten, parteiübergreifendes Gesamtkonzept, das ganz explizit die Zukunft Europas verändern und die gewaltsame Teilung Deutschlands aufheben sollte.⁴³ Axiomatisch war der Ansatz, dass eine deutsch-deutsche Annäherung, wenn möglich bis zur Wiedervereinigung, nur in einem gesamteuropäischen Rahmen zu erreichen sei. Dazu bedurfte es einer schrittweisen Auflösung der Militärblöcke, die unter westlich-liberalisierenden Vorzeichen nur zu erreichen war, wenn sich die kommunistischen Herrschaftsstrukturen jenseits der Mauer soweit transformieren ließen, dass das Monopol der jeweiligen KP aufgegeben wurde. Was dies bedeutete und welche Reaktionen dies hervorrufen musste, wenn es in nur einem Staat des Ostblocks geschah, konnte man in der Fallstudie Prag bald ablesen. Aber selbst wenn dieser sehr langfristig angelegte, umfassende Transformationsansatz in Jahrzehnten erfolgreich wäre, würde die Angst vor einem wiedervereinigten Deutschland mit seiner „kritischen Größe“ in der Mitte Europas, wie Kiesinger formulierte, genau dieses verhindern.⁴⁴ Es sei denn, so die Überlegung bei Kiesinger, Brandt und ihren Stäben, man hätte bis dahin ein übergreifendes europäisches Sicherheitssystem geschaffen, das die berechtigten Schutzinteressen jedes Landes garantiere. Die von Breschnew proklamierte Europäische Sicherheitskonferenz (die spätere KSZE) erschien diesen Bonnern schon früh als genau der richtige Impuls, um die für eine „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ notwendigen beiderseitigen Truppenreduzierungen oder atomwaffenfreie Zonen unter Einbindung der Deutschen in West wie Ost zu realisieren. Die im Planungsstab des Auswärtigen Amtes zusammengestellte Endversion dieser Konzepte wurde von allen Beteiligten als Erbe der Großen Koalition für jedwede Nachfolgeregierung betrachtet.⁴⁵

Auch die neueste Forschungsliteratur zur Großen Koalition fokussiert stark auf deren Ost- und Deutschlandpolitik und bestätigt dabei – meist leicht überrascht, wie es scheint – durchweg die realpolitischen und konzeptionellen Gemeinsamkeiten zwischen den Vordenkern in Außen- und Kanzleramt. Das Überraschungsmoment ist besonders latent in

⁴³ Dazu ausführlich *Gottfried Niedhart*, Revisionistische Elemente und die Initiierung friedlichen Wandels in der neuen Ostpolitik 1967-1974, in: *Geschichte und Gesellschaft*, Bd. 28/2 (2002), S. 233-266.

⁴⁴ Zu Gemeinsamkeiten und Differenzen in den ostpolitischen Konzepten Brandts und Kiesingers siehe neuerdings *Rudolf Morsey*, Die Große Koalition – Vorgeschichte und Nachwirkungen, sowie *Oliver Bange*, Kiesingers Ost- und Deutschlandpolitik von 1966-1969, beide in: *Günter Buchstab/Philipp Gassert/Peter Thaddäus Lang* (Hrsg.), Kurt Georg Kiesinger 1904-1988 – Von Ebingen ins Kanzleramt, Freiburg 2005, S. 393-420 und 455-500.

⁴⁵ Interview des Autors mit Per Fischer im August 1997. Bahr überschrieb die endgültige Fassung der Studien mit: „Überlegungen zur Außenpolitik einer zukünftigen Bundesregierung“, 18.9.1969. AdsD: Dep. Bahr, Bd. 396.

den ersten Monografien von Andreas Vogtmeier und Dirk Kroegel⁴⁶ von 1996/97, die sehr stark jeweils aus den Privatpapieren von Bahr und Kiesinger arbeiten. Während bei Vogtmeier über der Deskription der natürlich hoch interessanten Quellen die Analyse etwas zu kurz kommt, scheint Kroegel die Geschichte der Ostpolitik leicht retrospektiv aus den in mehreren Kiesinger-Interviews dokumentierten Anspruch zu interpretieren, dass „Brandt ja nur meine Ostpolitik“ fortgeführt habe. Dass Kiesingers Ost- und Deutschlandpolitik zunehmend Gefahr lief, in der eigenen Fraktion zu scheitern, zeigt hingegen die Auswertung der Protokolle der Unionsfraktion durch Daniela Taschler, in der die Autorin auch die Einbettung in andere innerparteiliche Kontroversen versucht.⁴⁷ Taschlers Erkenntnis, daß der unionsinterne Konflikt über die Kanzlerkandidatur für 1969 auch für die Zukunft der Ostpolitik eine mitentscheidende Qualität besaß, regt zu weiterführenden Detailanalysen an. Sozusagen das Pendant zu Taschlers Unionsperspektive sind die Bände von Andrea Schneider über die zentrale Rolle des SPD-Fraktionsvorsitzenden Helmut Schmidt in der Großen Koalition⁴⁸ und Klaus Schönhovens ambitioniertes Projekt zur SPD in diesen „Wendejahren“.⁴⁹ Schneider forschte spürbar vor der Dreißig-Jahre-Guillotine. Trotzdem – oder vielleicht gerade deshalb – steht bei ihr der Macht-Manager und nicht der verteidigungs- und außenpolitische Vordenker Schmidt im Mittelpunkt, der sich aber, wie spätere Studien und Quelleneditionen deutlich zeigen, so Arbeit und Zeit es erlaubten, auch außenpolitische Aktivitäten keineswegs verkniff.⁵⁰ Trotz seines vornehmlich innenpolitischen und parteihistorischen Ansatzes widmet auch Schönhoven ein gutes Drittel seines umfangreichen Werkes der Außen-, Ost- und Deutschlandpolitik. Während er seinen umfassenden Anspruch in der Analyse der innen- und gesellschaftspolitischen Reformtätigkeit der Großen Koalition durchweg umsetzt, zeigen gerade die der Ostpolitik im weitesten Sinne gewidmeten Kapitel die Grenzen nationaler Perspektiven in der internationalen Historiografie auf. Aus Mangel an internationalen Vergleichsdokumenten folgt das Werk hier – anders als im gesellschaftspolitischen Teil – traditionellen Interpretationsmustern und perpetuiert so nicht

⁴⁶ *Andreas Vogtmeier*, Egon Bahr und die deutsche Frage – Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik, Bonn 1996; *Dirk Kroegel*, Einen Anfang finden! – Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition, München 1997.

⁴⁷ *Daniela Taschler*, Vor neuen Herausforderungen – Die außen- und deutschlandpolitische Debatte in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion während der Großen Koalition 1966-1969, Düsseldorf 2001.

⁴⁸ *Andrea H. Schneider*, Die Kunst des Kompromisses – Helmut Schmidt und die große Koalition 1966-1969, Paderborn 1999.

⁴⁹ *Klaus Schönhoven*, Wendejahre – Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966-1969, Bonn 2004.

⁵⁰ Vgl. *Oliver Hemmerle*, Explaining NATO to the (West) Germans – Helmut Schmidt as a Military Affairs Writer in the 1960s, Vortrag vor der Konferenz “NATO in the 1960s – Challenges beyond Deterrence”, Zürich, 25.-28.8.2004.

selten etablierte Mißverständnisse. Dies gilt für die angeblich deutschlandfeindliche Polenreise de Gaulles ebenso wie für die Unterschlagung der äußerst wichtigen internationalen Dimension der Berlinkrise von 1969 oder die Deskription der „Ulbricht-Doktrin“.⁵¹

Mindestens drei weitere ostpolitik-relevante Monografien sind soeben erschienen oder dürfen in den nächsten Jahren erwartet werden. Aus der Perspektive der Ostpolitik-Forschung wäre Henning Türks „Europapolitik der Großen Koalition“ zu wünschen, dass sie in dem beschriebenen größeren Kontext analysiert und gewichtet würde.⁵² Die biografischen Studien von Mark Flatten und Philipp Gassert zu den Köpfen der Großen Koalition liegen im historiografischen Trend (eines Revivals der historischen Biografie), bilden schon aufgrund ihres anders gelagerten Ansatzes eine sinnvolle Ergänzung der bisherigen Arbeiten, fußen – soweit bekannt – aber gerade in den Abschnitten zur Ost- und Entspannungspolitik überwiegend auf deutschen Archivalien.⁵³ Gassert schildert detailliert den innerparteilichen Dissens zwischen Kiesinger und Strauß und führt auch amerikanische Akten insbesondere zu den entspannungspolitischen Diskussionen zwischen Kiesinger und Johnson an.

Immer wieder zeigt sich, wie sehr das Verständnis von Konzept, Umsetzung und Weiterentwicklung bzw. Anpassung der Neuen Ostpolitik eine doppelte Einbettung erfordert: Einerseits in die innen- wie machtpolitischen Hintergründe mit ihrem Wahlkalkül und innerparteilichen Diadochenkämpfen; andererseits in den komplexen und oft undurchschaubaren Rahmen internationaler Politik. Zu diesem internationalen „Framing“ der Ostpolitik der Großen Koalition gehörte Johnsons Eifer, in der Endphase seiner Administration doch noch den Durchbruch in die Entspannungsära zu schaffen, genauso wie die verzögerte Durchsetzung des Prinzips der „friedlichen Koexistenz“ durch Breschnew im eigenen Politbüro Anfang 1969, der Pakt im Pakt gegen die Ostpolitik zwischen Warschau und Ostberlin, oder die tumultösen Ereignisse von 1968 mit ihren Aufbrüchen und Ernüchterungen. Die eigentliche Ironie der Ost- und Entspannungspolitik eröffnet sich gar erst in der internationalen Zusammenschau: Just als sich in Moskau, der Bundesrepublik und dann auch im Warschauer Pakt 1969 zum ersten Mal beidseitige und damit ernsthafte entspannungspolitische Perspektiven ergaben, brach ausgerechnet die seit Beginn der sechziger Jahre nachdrückliche Unterstützung aus Paris und Washington ab. Die

⁵¹ Dazu ausführlich die Rezension vom 31.8.2005 unter www.hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2005-3-127.

⁵² Henning Türk, Die Europapolitik der Großen Koalition 1966-1969, Diss. Essen, i.V.

⁵³ Mark Flatten, Willy Brandt als Außenminister der Großen Koalition, Diss. Bonn, i.V.; Philipp Gassert, Kurt Georg Kiesinger 1904-1998 – Kanzler zwischen den Zeiten, (Habil. Heidelberg 2004), München 2006.

transformatorischen Détente-Vorstellungen de Gaulles und Johnsons wurden durch die weit vorsichtigeren, wenn nicht gar im amerikanischen Fall auf eine Supermacht-Status-quo abzielende Neudefinition von Entspannung ersetzt. Der internationale Rahmen hatte sich in kürzester Zeit grundlegend verändert, die „Umsetzung“ wurde deutlich schwieriger.

Genau dieser internationalen Einbettung hat sich in den letzten drei Jahren das von Gottfried Niedhart geleitete Mannheimer Projekt „Détente und Ostpolitik“ gewidmet, dessen vielfältige Publikationen über die Webseite (www.ostpolitik.net) zugänglich sind. Hier ist auch die Habilitation des Autors „Ostpolitik und Détente – Die Anfänge 1966-1969“ entstanden, die neben der multiperspektivischen Analyse des Aufbruchs in die Entspannungsära aus internationalen Quellen in West und Ost auch dem Netzwerk der westlichen Transformationspolitiker, ihrem Ideentransfer und der Perzeption ihrer Intentionen im Warschauer Pakt nachspürt. Trotz mancherlei Rückkopplungen in die Innenpolitik der unterschiedlichen Länder stößt auch diese Studie – sozusagen von der anderen, der internationalen Seite – immer wieder an die oft berufene Grenze des Machbaren.⁵⁴ Gassert und Bange gelangen in Bezug auf die Gemeinsamkeiten der konzeptionellen Vorstellungen von Brandt und Kiesinger zu ganz ähnlichen Ergebnissen. In der Schlüsselfrage von ostpolitischer Urheberschaft bzw. Kontinuität oder Bruch westdeutscher Ostpolitik im September 1969 scheinen aber, vielleicht schon durch die unterschiedlichen methodischen Ansätze bedingt, gewisse Differenzen auf. Während Gassert ähnlich wie Kroegel, nur deutlich quellengesättigter argumentierend, in der „Neuen Ostpolitik“ des Kanzlers Brandt im Vergleich zu den konzeptionellen Vorarbeiten der Großen Koalition unter dem Kanzler Kiesinger wenig Neues zu entdecken vermag, kommt Bange über die vergleichende internationale Einordnung der deutschen Konzepte, ihrer Realisierungs- und Wirkungsmöglichkeiten zu einer tendenziell anderen Einschätzung.⁵⁵

Eine weitere Schlüsselkategorie für die zeitgenössische Wirkungsmächtigkeit der Ostpolitik ist die Eigen- und Fremdperzeption ihrer Macher und deren Absichten. So belegen Monika Kaiser und Karl-Heinz Schmidt, die aus den reichen Archiven von DDR und SED schöpften, dass Walter Ulbricht die „Aufweichungsabsicht“ hinter der Neuen Ostpolitik sehr rasch erkannte, dahinter vornehmlich die „verräterischen Klassenfeinde“ des

⁵⁴ *Oliver Bange*, Ostpolitik und Détente – Die Anfänge 1966-1969, Habil. Mannheim 2004 (deren Erscheinen für 2007 geplant ist).

⁵⁵ Dazu auch die in Vorbereitung befindliche Dissertation von *Joost Kleuters*, In Search of Compatibility – The Construction of West German ‚Ostpolitik‘ (1963-1973), Diss. Nijmegen i.V.; Kleuters argumentiert, daß die Unterschiede (und die Betonung dieser Unterschiede) in der Ostpolitik von Union und SPD für den Wahlerfolg Brandts 1969 und für das Überleben der sozial-liberalen Koalition von zentraler Bedeutung waren.

„Sozialdemokratismus“ witterte und – durch die Ereignisse von 1968 geradezu euphorisiert – eine spiegelbildliche Westpolitik der DDR forderte, „die sich gewaschen hat“⁵⁶. Das hieß im Klartext, dass Ulbricht mit materieller Unterstützung Moskaus und anderer „befreundeter“ Staaten ebenfalls für ein „Mehr“ an deutsch-deutschen Kontakten plädierte, die über den Weg der „Normalisierung“ ausgewählten kommunistischen Kadern ungeahnte Einwirkungsmöglichkeiten an der SPD- und Gewerkschaftsbasis ermöglichen würden.⁵⁷ Noch gefährlicher als Ulbricht⁵⁸ empfand wohl der polnische Kommunistenführer Gomulka das subversive Potential der Neuen Ostpolitik. In Ostberlin und Moskau warnte er in hitzigen Debatten, dass die DDR einmal unumkehrbar durch die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Westdeutschen eingewickelt keine zwanzig Jahre mehr überleben könne, bevor sie von der Bundesrepublik schlicht übernommen würde. Diese Debatten wurden 2000 zuerst von Mieczyslaw Tomala, dann von Douglas Selvage und zuletzt auf deutlich breiterer Quellenbasis von Wanda Jarzabek aufgearbeitet.⁵⁹ Auf die entspannungspolitische Relevanz der Neudefinition des westlichen Bündnisses im sogenannten „Harmel Exercise“ hat erst kürzlich Andreas Wenger hingewiesen.⁶⁰ Demnach eröffnete erst das Ergebnis dieser multilateralen Koordination, die Annahme des Harmel-Reports mit seiner Zwei-Säulen-Theorie von militärischer Sicherheit und politischem Verhandeln durch den NATO-Rat, den Weg in die Entspannungsära. Ohne diese Absicherung im Westen wären bilaterale Verhandlungen mit dem Osten genausowenig vorstellbar gewesen wie die notwendige Multilateralisierung der Ergebnisse, sei es in Form des deutschen Beitritts zum Nichtverbreitungsvertrag, dem Viermächteabkommen über Berlin oder der Schlussakte von Helsinki.

Für Tschechen und Slowaken blieb das Bild westdeutscher Ostpolitik durchweg ambivalent, wie diverse Beiträge der Tagung „Die Tschechoslowakei und die beiden

⁵⁶ Walter Ulbricht auf der Sitzung des SED-Politbüros am 30.10.1969, mitstenographiert von seinem persönlichen Mitarbeiter Wolfgang Berger. SAPMO: DY 30/3294.

⁵⁷ *Karl-Heinz Schmidt*, Dialog über Deutschland – Studien zur Deutschlandpolitik von KPdSU und SED 1960-1979, Baden-Baden 1998; *Monika Kaiser*, Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker – Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972, Berlin 1997.

⁵⁸ Zum Einfluss der CSSR-Krise auf die DDR-Außenpolitik siehe neuerdings *Wolfgang Schwarz*, „Brüderlich entzweit!“ Die Beziehungen zwischen der DDR und der CSSR 1961-1968, München 2004.

⁵⁹ *Mieczyslaw Tomala*, Deutschland - von Polen gesehen, Zu den deutsch-polnischen Beziehungen 1945-1990, Marburg 2000; *Douglas Selvage*, 'The Warsaw Pact is Dissolving' – Poland, the GDR and Bonn's Ostpolitik, 1966-1967 Vortrag auf der Konferenz "NATO, the Warsaw Pact and the Rise of Détente, 1965-1972", 26.-28.9.2002 in Dobbiaco/Toblach; *Wanda Jarzabek*, Doktryna Ulbrichta czy doktryna Gomulki? Polska a koordynacja polityki bloku wschodniego wobec Ostpolitik w latach 1966-1967, in: *Dzieje Najnowsze*, Bd. 37/3 (2005), S. 19-45.

⁶⁰ *Andreas Wenger*, Crisis and Opportunity: NATO's Transformation and Multilateralization of Détente, 1966–1968, in: *Journal of Cold War Studies* 6, no. 1 (Winter 2004), S. 22–74.

deutschen Staaten 1949-1990“ 2003 in Bratislava betonten. Einerseits schien es regierenden Kommunisten wie den von ihnen Regierten, dass gute ökonomische Beziehungen zur DDR, zunehmend aber auch zur Bundesrepublik – also den wirtschaftlichen Vorzeigeländern der jeweiligen Blöcke – im eigenen Interesse waren. Andererseits verlangte die DDR dafür unbedingte Gefolgschaft in deutschlandpolitischen Fragen, während der juristische Streit mit Bonn über die Ungültigkeit des Münchner Abkommens „ex nunc“ oder „ex tunc“ sowie über die damit verbundene Staatsangehörigkeit der Sudetendeutschen nach 1938 auch das jeweilige nationale Selbstverständnis traf. Unabhängig von diesen wichtigen staatsrechtlichen Fragen, wirkten die Ereignisse um den Prager Frühling – wie alle Vortragenden unisono feststellten – langfristig prägend sowohl für die (Um-)Formulierung der Neuen Ostpolitik in Bonn als auch für die Wahrnehmung der Deutschen durch die Tschechen und Slowaken.⁶¹

Über die Transformationsansätze in der Politik Johnsons und de Gaulles und ihren wechselseitigen Einfluss auf die bundesdeutsche Ostpolitik ist bereits gesprochen worden. Anzumerken bleibt hier nur, dass die neuen Erkenntnisse etwa von Rey, Bange oder Niedhart scheinbar problemlos in das in der französischen Historiografie seit langem etablierte Bild von de Gaulle als einem herausragenden Führer Europas eingepasst werden können, und die Kontinuität der Transformationspolitik Washingtons in Zentral- und Osteuropa unter Kennedy und Johnson sowohl in den traditionell missionarischen Ansatz amerikanischer Außenpolitik passt als auch dem von Thomas A. Schwartz ausgelösten Revisionismus zur nun deutlich positiver bewerteten Rolle Johnsons im Ost-West-Konflikt eine weitere Facette hinzufügt.⁶²

III. Die Realisierung durch Ostpolitik und Ostverträge der Regierung Brandt-Scheel bis 1974

Versöhnung, Sicherheit und Wandel bildeten die Konstanten westdeutscher Außenpolitik seit den fünfziger Jahren, die die sozial-liberale Koalition nun auch auf das Verhältnis zu den östlichen Nachbarn anzuwenden gedachte. Dabei hatte die Entwicklung und Realisierung dieser Grundlinien in Adenauers Westpolitik unter ungleich günstigeren Bedingungen gestanden. Damals war es eine innenpolitische Richtungsentscheidung für den westlichen Staatenbund gewesen, die von diesen angesichts des heraufziehenden Kalten Krieges schon aus Eigeninteresse begrüßt wurde und damit auch den oft apologetischen Umgang mit der gar

⁶¹ *Eduard Niznansky*, Das Münchner Abkommen als Faktor der tschechoslowakischen Politik; *Gottfried Niedhart*, Die Ostpolitik der Bundesrepublik und die Normalisierung der Beziehungen zur CSSR; *Christoph Buchheim*, Die Wirtschaftsbeziehungen der Tschechoslowakei mit der Bundesrepublik Deutschland; *Bedrich Utitz*, Die tschechoslowakische Emigration in die Bundesrepublik nach 1968; sowie viele weitere Vorträge auf der Tagung der slowakisch-deutschen sowie tschechisch-deutschen Historikerkommission in Bratislava/Smolenice, 19.-23.3.2003.

⁶² *Thomas A. Schwartz*, Lyndon B. Johnson and Europe, Cambridge/Mass 2003; zum Charakter amerikanischer Außenpolitik s. besonders *Detlef Junker*, Power and Mission – Was Amerika antreibt, Freiburg 2003.

nicht so lange zurückliegenden Vergangenheit spürbar erleichterte. Jetzt, Anfang der siebziger Jahre, war der deutsche Vernichtungskrieg im Osten in den von der Neuen Ostpolitik angestoßenen Verhandlungen omnipräsent. Allein schon aufgrund ihrer geografischen und inhaltlichen Zielrichtung bildete die Neue Ostpolitik eine blocküberspringende Initiative von ausgesprochener *delicatesse*. Hinzu kam, dass die Aussichten auf Wandel – der im Verhältnis zum Osten nur eine langfristige Verbesserung bzw. Lösung der deutschen Teilung darstellen konnte – angesichts der umfassenden Status-quo-Politik der beiden Supermächte in Europa als illusionär und geradezu vermessen erscheinen musste.

In diesem Kontext stellten sich für die am Entspannungsprozeß beteiligten Staaten und für ihre Gesellschaften grundlegende Fragen: Von Seiten der CDU/CSU wurde die Frage aufgeworfen, ob es nicht besser sei, auf den hart erkämpften (und bezahlten) internationalen Rechtspositionen zu verharren. In Frankreich, Großbritannien und den USA fragten sich nicht nur höchste Repräsentanten, wie „westlich“ die Bundesrepublik in den vergangenen zwanzig Jahren geworden war. Und die Führer des Warschauer Paktes versuchten herauszufinden, welche Gefahr von diesem Rumpfstaat noch für die Nachkriegsgrenzen und die kommunistische Ideologie jenseits der Elbe ausgehen konnte. Wer den Status quo verändern wollte, musste ihn – in der berühmten Diktion Bahrs – zunächst einmal anerkennen. Dies bedeutete die Annahme der Nachkriegsrealitäten: von deutscher Schuld und deutschen Verbrechen, von Teilung, Vertreibung, der Existenz eines zweiten, kommunistischen deutschen Staates und dem Verlust ehemaliger deutscher Gebiete. In der sarkastisch-flapsigen Diktion von Ferdinand von Duckwitz – Widerständler, Vertrauter Brandts und Staatssekretär im Auswärtigen Amt – war nun der „Zahltag“ gekommen. War aber die (west-)deutsche Bevölkerung tatsächlich schon bereit, diesen Preis zu zahlen und damit – von ihr selbst weitgehend unerkannt – die entscheidende Vorleistung für die ebenfalls in der Neuen Ostpolitik angelegten transformatorischen und revisionistischen Ansätze zu erbringen?

Die Chronologie der Ereignisse ist sattem bekannt und braucht hier nur noch stichwortartig in Erinnerung gerufen zu werden: Treffen von Erfurt und Kassel, Moskauer und Warschauer Vertrag 1970, Verleihung des Friedensnobelpreises an Brandt sowie Krim-Treffen mit Breschnew und Viermächteabkommen 1971, Misstrauensvotum, Neuwahlen, Ratifizierung, Grundlagenvertrag und Beginn der KSZE-Verhandlungen 1972, Beitritt beider deutscher Staaten zu den UN und Prager Vertrag 1973, Rücktritt Brandts 1974. Allein schon

die Nennung dieser Schlüsselbegriffe assoziiert gleichermaßen die Spannung und Komplexität dieser Ära der Ostverträge.⁶³

Hierzu existiert bereits substantieller Korpus an älteren historiografischen Arbeiten, etwa von Baring, Link, Bracher, Bingen, Roucek und Potthoff,⁶⁴ die aber überwiegend den (west-)deutschen Standpunkt aus bundesdeutschen Archiven rekonstruieren. Die in Paris, London oder Washington aufgeworfenen Fragen, gar das Verstehen der Eigendynamik, die durch die Neue Ostpolitik ausgelöst und durch die temporäre Entspannungspolitik der unterschiedlichen Geschwindigkeiten provoziert wurde, ließen sich auf dieser Basis nicht beantworten. Das bereits vor zwei Jahren von Niedhart an gleicher Stelle postulierte Desiderat, dass es sich hier „um ein Feld handelt, das auf der Basis multiarchivalischer Forschungen erneut beackert werden muss“⁶⁵, hat an Dringlichkeit nichts verloren. Aber gerade weil – wie alle Autoren immer wieder betonen – in dieser Ära alles mit allem verknüpft war, die Prozesse, Strategien und Ereignisse also eine außergewöhnliche Komplexität besaßen, scheinen sich auch die meisten jüngeren Forschungen an den Ereignissen, öfter noch an einem thematischen oder nationalen Ausschnitt zu orientieren. Überhaupt scheint sich die historiografische Aufarbeitung von Neuer Ostpolitik und Entspannungsära für diesen Zeitraum noch in der ersten Phase des Sammelns von Einzelstudien zu befinden. Große Übersichtsdarstellungen und Kompendien, die aus diesen fragmentarischen Ergebnissen eine umfassende, auf dem neuesten Forschungsstand befindliche Darstellung liefern, war es offenbar noch zu früh. Zu ungleichgewichtig erscheinen wohl die bislang bearbeiteten Themen, zu gering die Zahl der Mosaikstückchen, um diesen Wurf wagen zu können. So konnte denn auch ein erster Versuch Suris zum Zusammenhang von „Power and Protest“⁶⁶, von Innen- und Außenpolitik die eigenen Thesen nur ansatzweise einlösen. Eine auf umfassende internationale Archivalien gestützte Arbeit zu diesem hochkomplexen Untersuchungsthema könnte hier weitere Erkenntnisse bringen. Wichtige noch nicht ausreichend bearbeitete und bislang nicht genügend thematisierte Fragen betreffen unter anderem die Periodisierung der Entspannungs-

⁶³ Die westdeutsche Aktenüberlieferung findet sich in den entsprechenden Jahressbänden von AAPD und DzDP sowie *Heinrich Potthoff*, Bonn und Ost-Berlin 1969-1982 – Dialog auf höchster Ebene und vertrauliche Kanäle, Bonn 1997, (der überwiegend Dokumente aus dem Archiv Helmut Schmidts mit Gesprächsprotokollen aus dem SAPMO kombiniert); und neuerdings *Willy Brandt*, Gute Nachbarn.

⁶⁴ *Arnulf Baring*, Machtwechsel – Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart 1982; *Karl Dietrich Bracher/Wolfgang Jäger/Werner Link*, Republik im Wandel – Die Ära Brandt 1969-1974, Stuttgart 1986; *Libor Roucek*, Die Tschechoslowakei und die Bundesrepublik Deutschland 1949-1989- Bestimmungsfaktoren, Entwicklungen und Probleme ihrer Beziehungen, München 1990; *Dieter Bingen*, Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949-1991, Baden-Baden 1998; *Heinrich Potthoff*, Im Schatten der Mauer – Deutschlandpolitik 1961-1990, Berlin 1999.

⁶⁵ *Niedhart/Bange*, Relikte der Nachkriegszeit, S. 439, FN 118.

⁶⁶ *Jeremy Suri*, Power and Protest – Global Revolution and the Rise of Detente, Cambridge/Mass. 2003.

und Ostpolitik dieser Jahre⁶⁷, die Dynamik und Polarisierung zwischen und in den betroffenen Gesellschaften, Nationen, Blöcken⁶⁸, die (Dis-)Kontinuität west- wie ostdeutscher Außenpolitik, die Westverankerung der Bundesrepublik in Politik und öffentlicher Meinung, den Mentalitäts- und Perzeptionswandel in und über Deutschland. Neben der arbeitsintensiven Rekonstruktion des international eng verzahnten Geschehens hat eben auch die historiografische Konzeptualisierung von Entspannungsära und Ostpolitik noch große Aufgaben vor sich.

Der besseren Übersicht halber werden die zahlreichen neuen oder in Vorbereitung befindlichen Forschungsarbeiten zur Neuen Ostpolitik im folgenden drei groben Feldern zugeordnet: (1) den Verträgen, (2) den innenpolitisch-gesellschaftlichen und (3) den internationalen Rahmenbedingungen. Zum Moskauer Vertrag gab es zuletzt zwei bemerkenswerte Aufsätze, die demnächst durch eine britische Dissertation ergänzt werden. 2001 konnte Werner Link erstmalig die westdeutschen Annahmen über Intentionen und Strategie der sowjetischen Verhandlungspartner „im Lichte neuer Archivalien“ aus dem Diplomatischen Archiv der Russischen Föderation (AVP RF) überprüfen. Dass dabei neben manch taktischem „Keiltreiben“ auch eine große Ernsthaftigkeit der sowjetischen Außenpolitik an der Verbesserung des Verhältnisses zu Westdeutschland und zur Stabilisierung der Situation in Zentraleuropa nachgewiesen wurde, falsifiziert manch etablierte These zeitgenössischer „kremlinologists“ über die Aggressivität Moskauer Ziele.⁶⁹ Carsten Tessmer sieht in seinem 2004 erschienen Aufsatz, in dem er auch amerikanische Quellen verwendet, im Moskauer Vertrag vornehmlich eine Türöffner-Funktion zur Initiierung einer generellen, kontinuierlichen Umwandlung des Ost-West-Konflikts mit dem Fernziel der deutschen Wiedervereinigung.⁷⁰ Julia von Dannenbergs Dissertation beschränkt sich hingegen auf die westdeutschen, vornehmlich diplomatischen Entscheidungsprozesse auf dem Weg zum Moskauer Vertrag. Die Auswertung des Nachlasses von Sahn bringt hier

⁶⁷ Für einen ersten Versuch siehe einmal mehr *Gottfried Niedhart*, Ostpolitik – Phases, Short Term Objectives, and Grand Design, in: *David C. Geyer, Bernd Schaefer* (Hrsg.), *American Détente and German Ostpolitik 1969-1972*, Washington 2003, S. 118-136. Aufgrund der dargestellten Literatur und ihrer Ergebnisse folgt auch der vorliegende Forschungsbericht einer Periodisierung, die die Neue Ostpolitik in eine Phase der Vorüberlegungen, der Konzeptualisierung und ersten Erprobung während der Großen Koalition, in die bilaterale Ära der Ostverträge und die Multilateralisierung etwa in der KSZE einteilt.

⁶⁸ Erste Ansätze brachte die vom Lemnitzer Center for NATO and European Union Studies, Kent State University, Ohio, im April 2004 veranstaltete Konferenz „Nato and the Warsaw Pact: Intra-Bloc Conflicts“, deren Beiträge 2006 von *Victor Papacosma/Mary Heiss* herausgegeben werden. Dort auch der Beitrag des Autors „Ostpolitik as a Source of Intra-Bloc Tensions“.

⁶⁹ *Werner Link*, Die Entstehung des Moskauer Vertrages im Lichte neuer Archivalien, in: *VfZ* 49/2 (2001), S. 295-315.

⁷⁰ *Carsten Tessmer*, „Thinking the Unthinkable“ to „Make the Impossible Possible“ – Ostpolitik, Intra-German Policy, and the Moscow Treaty, 1969-1970, in: *Geyer/Schaefer*, *American Détente*, S. 53-66.

einige neue Erkenntnisse über Verhandlungsstrategie, regierungsinterne Abstimmung und die Dominanz des Kanzleramts, während internationale Rahmenbedingungen und langfristige Zielsetzungen der Neuen Ostpolitik weitgehend ausgeblendet bleiben. Ob Kalkül und Kreml-Wahrnehmung von Auswärtigem und Kanzleramt letztlich stimmig waren, der Moskauer Vertrag aus Bonner Sicht kurz- oder langfristig erfolgreich oder der von der Union geunkte „Ausverkauf“ war, muss in dieser methodologischen Selbstbeschränkung letztlich offen bleiben.⁷¹ Zum Warschauer Vertrag⁷² erschienen das bereits zitierte Werk von Mieczyslaw Tomala, das einerseits viele relevante polnische Dokumente auf Deutsch ganz oder auszugsweise wiedergibt, das andererseits in der Interpretation von Gomulkas Absichten aus den Erfahrungen des Autors als Deutschlandexperte und Berater des PVAP-Chefs schöpft. Für Tomala – wie auch für Selvage, der anschließend besprochen wird – war Gomulka 1969/70 ein von den Ereignissen Getriebener. Die Kombination aus Moskaus West- und Bonns Neuer Ostpolitik erschien in Warschau wieder einmal als fatale Zange. Gomulka prophezeite die Destabilisierung der DDR und damit eine Gefährdung sowohl der polnischen Westgrenze als auch der kommunistischen Herrschaft in Polen. Das Drängen auf den Vertrag war also vornehmlich eine Rettungsaktion, die in der zeitlichen Abfolge zum Moskauer Vertrag zugleich auch die bestehenden Abhängigkeiten dokumentierte. Der vor zwei Jahren erschienene Aufsatz von Douglas Selvage verspricht zwar den Warschauer Pakt Kontext des Vertrages, basiert aber ausschließlich auf Dokumenten aus den Parteiarchiven von PVAP und SED, vornehmlich Büroakten von Gomulka und Ulbricht.⁷³ Rückschlüsse auf die Validität der polnischen und ostdeutschen Wahrnehmung Moskauer und Bonner Intentionen sind aus diesem Ansatz nicht zu gewinnen – eine Aufgabe, der sich auf deutlich umfangreicherer Quellenbasis wiederum die in Arbeit befindliche Habilitation von Wanda Jarząbek an der Polnischen Akademie der Wissenschaften zu den deutsch-polnischen Beziehungen in der Entspannungsära widmet.⁷⁴

Neueste Details zum Viermächteabkommen betreffen vor allem die geheimen sogenannten „back channel“ Verhandlungen der Sowjets und Amerikaner mit den eigentlich dazu gar nicht

⁷¹ Julia von Dannenberg, *The Fruits of Daring Diplomacy – The Making of the Moscow Treaty*, 12 August 1970, DPhil Oxford 2004.

⁷² Zur Einbettung in und langfristigen Wirkung auf die deutsch-polnischen Beziehungen siehe auch die Erinnerungen von *Wladyslaw Bartoszewski*, *Und reiß uns den Hass aus der Seele - Die schwierige Aussöhnung von Polen und Deutschen*, Warschau 2005; sowie *Ursula A.J. Becher* (Hrsg.), *Deutschland und Polen im 20. Jahrhundert - Analysen, Quellen, didaktische Hinweise*, Hannover 2001; *Wolf-Dieter Eberwein* (Hrsg.), *Die deutsch-polnischen Beziehungen 1949-2000*, Opladen 2001.

⁷³ *Douglas Selvage*, *The Treaty of Warsaw – The Warsaw Pact Context*, in: *Geyer/Schaefer*, *American Détente*, S. 67-79.

⁷⁴ Der genaue Titel steht noch nicht fest; Bei Einlösen der methodologischen Prämissen könnte die Arbeit Jarzabeks viele bisherige „blind spots“ der Historiografie füllen helfen.

berechtigten Westdeutschen – ohne Wissen der Franzosen und Briten. Letztere kokettierten – aus Sicht Washingtons und Moskaus wohl allzusehr – mit ihrem scheinbar im Besatzungsrecht kodifizierten Großmachtanspruch, während allein die Bundesregierung auf westlicher Seite über rechtliches und finanzielles Verhandlungsmaterial verfügte, die zu einem ausgeglichenen Abkommen beitragen konnten. Eine Selektion relevanter Dokumente aus dem Depositum Egon Bahrs im Archiv der sozialen Demokratie ist sowohl in den entsprechenden AAPD- als auch DzDP-Bänden erschienen. 2006 soll David C. Geyer, so zumindest die Ankündigung des State Department, die dazu im amerikanischen Nationalarchiv lagernden Materialien im Deutschland-Band der FRUS-Reihe edieren. Sozusagen als Vorabinformation hat Geyer vor zwei Jahren dazu einen Aufsatz geschrieben, der Kissinger ins Zentrum dieses Netzes informeller Kanäle setzt und ganz überwiegend auf Dokumente aus den Nixon Materialien im NARA gestützt ist.⁷⁵ Bei Geyer avanciert der amerikanische Sicherheitsberater damit zur zentralen Figur, zu einem wahren „power broker“, in diesem internationalen Geschäft – und mit ihm Nixons am Status quo orientierte Variante der Détentepolitik zum zentralen Stabilitätsfaktor in Europa.

Zum Verkehrs- und Grundlagenvertrag zwischen Bonn und Ostberlin stellt die Monografie von Mary E. Sarotte die DDR-Sicht vor.⁷⁶ Demnach agierte die DDR-Führung in völliger Abhängigkeit und unter ständiger Kontrolle von Moskau. Trotz einer zu erwartenden Verschärfung der innenpolitischen Instabilität boten internationale Anerkennung und ökonomische Vorteile entscheidende Anreize zum „Pakt mit dem [westdeutschen] Teufel“. Sarotte liefert damit zwar auch ein wichtiges Stück Perzeptionsgeschichte, in dem das westdeutsche Pendant aber fehlt. Die Rolle der Neuen Ostpolitik bzw. von Ulbrichts Reaktion darauf für den Machtwechsel zu Honecker wird zwar angerissen, bedarf aber genauso weiterer Forschungsarbeiten wie die auch weiterhin wenig erforschte Rolle von Mielkes MfS als deutschlandpolitisches Kontrollinstrument über die eigenen Spitzenpolitiker mit Rückkopplung in Moskau.

Publikationen und Forschungsprojekte zu den innenpolitischen Rahmenbedingungen der Neuen Ostpolitik zwischen 1969 und 1974 sind, bislang zumindest, weniger zahlreich. Interessant ist die Dissertation von Jens Schultz zum Verhältnis zwischen Sozialdemokratie

⁷⁵ David C. Geyer, *The Missing Link – Henry Kissinger and the Back-Channel Negotiations on Berlin*, in: *Geyer/Schaefer, American Détente*, S. 80-97. Für den Kanal zwischen Kanzleramt und Kreml nach wie vor unverzichtbar ist *Wjatscheslaw Keworkow, Der geheime Kanal - Moskau, der KGB und die Bonner Ostpolitik* (mit einem Nachwort von Egon Bahr), Berlin 1995.

⁷⁶ *Mary E. Sarotte, Dealing with the Devil –East Germany, Détente, and Ostpolitik 1969-1973*, Chapel Hill 2001.

und Kommunismus im Zeichen der Neuen Ostpolitik.⁷⁷ Schultz schließt dabei aus dem verstärkten innenpolitischen und innerparteilichen Antikommunismus der SPD auf die letzten Ziele von Brandts Ostpolitik. Demnach lag es in der Logik der Kontakt- und Kommunikationsstrategie als Herzstück der Neuen Ostpolitik, dass die dazu notwendige Öffnung auch den Kommunisten neue Einwirkungsmöglichkeiten im Westen eröffnen würde, gegen die Brandt seine Partei (genauso wie etwa Gewerkschaften und Staat) zu schützen gedachte. Schon 2001 hat Frank Fischer in der Publikation seiner Erlangerer Dissertation auf die vielschichtigen Verflechtungen zwischen der Innen- und Ostpolitik der SPD aufmerksam gemacht.⁷⁸ Die in diesem Zusammenhang vielleicht interessanteste von zahlreichen Thesen in Fischers Buch lautet, dass die Konzentration Brandts auf die Außen-, Ost- und Deutschlandpolitik zu Lasten des innenpolitischen Reformprogrammes ging, was 1973 in Zeiten zunehmend diffizilerer internationaler Rahmenbedingungen mit Öl- und Wirtschaftskrise schließlich in eine Art Abwärtsspirale und Selbstdemontage führte, die mehr noch als die Guillaume-Affäre für den Rücktritt im April 1974 verantwortlich zeichnet.

Besonders überraschend wirkt, wie wenig Neuerscheinungen es in den letzten Jahren zur Politik der parlamentarischen und gesellschaftlichen Opposition zur Neuen Ostpolitik erschienen sind. Es gibt nach wie vor kein Pendant für die siebziger Jahre zu den bereits zitierten Werken Ahonens und Sticklers über die Wirkungsmächtigkeit der Vertriebenenverbände in den fünfziger und sechziger Jahren. Immerhin hat 2005 Andreas Grau in seiner Bonner Dissertation gewissermaßen die Nachfolge von Taschlers Auswertung der CDU/CSU-Fraktionsprotokolle angetreten, die er für die Jahre 1969 bis 1973 fortführt.⁷⁹ Dass Graus Diktion dabei deutlich parteiische Einfärbungen verrät, stört dabei weniger als seine deskriptiv gehaltene Darstellung, die durch etwas mehr Analyse und Einordnung sicher an Spannung gewonnen hätte. Dies gilt insbesondere für die innere Zerrissenheit der CDU, die innerparteiliche Schwäche Rainer Barzels und den schwierigen Entscheidungsprozeß über eine neue ostpolitische Position der Union. Die innenpolitische Polarisierung durch die Neue Ostpolitik und ihre Instrumentalisierung für Wahlkämpfe und andere partei- und

⁷⁷ Jens Schultz, Sozialdemokratie und Kommunismus – die ideologische und organisationspolitische Auseinandersetzung der SPD mit dem deutschen Kommunismus 1969-1974, Mannheim, Diss. i.V.

⁷⁸ Frank Fischer, „Im deutschen Interesse“ – Die Ostpolitik der SPD von 1969 bis 1989, Husum 2001; ders. Von der „Regierung der inneren Reformen“ zum „Krisenmanagement“ – Das Verhältnis zwischen Innen- und Außenpolitik in der sozial-liberalen Ära 1969-1982, in: AfS 44 (2004), S. 395-414.

⁷⁹ Andreas Grau, Gegen den Strom – Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969-1973, Düsseldorf 2005. Gassert (Kiesinger, S. 731) vertritt die Auffassung, daß sich die parteipolitischen Lager ab 1969 über eine den Alltag der meisten Menschen nicht tangierende Frage polarisierten, „während gesellschaftspolitisch der Konsens weitgehend intakt blieb.“

gesellschaftspolitische Ziele spiegelt sich auch, wie Anja Kruke anschaulich gemacht hat, im „Kampf um die politische Deutungshoheit“ mit Hilfe von Meinungsforschung und ihrer gezielten Plazierung in und Nutzung durch die westdeutschen Medien gerade auch zum Höhepunkt der ostpolitischen Auseinandersetzungen im Jahre 1972.⁸⁰

Fragen und Desiderate an die internationale Einordnung der Neuen Ostpolitik bleiben, wie gesagt, an vielen Punkten noch offen. Eine Schlüsselkategorie sowohl für den Erfolg der Neuen Ostpolitik als auch für ihre Vereinbarkeit und Rolle im (west-)europäischen Integrationsprozess bildet die Haltung der britischen Regierungen unter Wilson und Heath. Tatsächlich legen britische und deutsche Quellen vielfach den Gedanken eines Deals zwischen Londons Unterstützung für die Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition und Bonns Forcierung eines britischen Beitritts zur EG nahe. Ausgerechnet die Deutschland betreffenden Beiträge im Sammelband Oliver Daddows zur Europainitiative Wilsons bieten dazu bereits Hinweise, bleiben aber im Ergebnis noch blaß.⁸¹ Abhilfe verspricht ein Forschungsvorhaben von Luca Ratti von der Universität Rom, der dazu neben diplomatischen Quellen auch Nachlässe in Großbritannien gesichtet hat und zur Zeit deutsche Staats- und Parteiarchive bearbeitet. Marie-Pierre Rey, Georges-Henri Soutou, Andreas Wilkens, Gottfried Niedhart und Markus Bernath haben wiederholt auf die tiefen Zweifel hingewiesen, die der französische Präsident Georges Pompidou gegenüber der Ostpolitik und den deutschen Absichten hegte.⁸² Für ihn war – im Gegensatz zu Nixon – weniger der Transformationsansatz Stein des Anstoßes, sondern die scheinbar mangelhafte Kontrolle der damit womöglich auszulösenden Ereignisse. Nach den Erfahrungen von Prag 1968 maß Pompidou der Strategie Brandts und Bahrs eine hohe Erfolgswahrscheinlichkeit zu und fragte

⁸⁰ Anja Kruke, Der Kampf um die politische Deutungshoheit – Meinungsforschung als Instrument von Parteien und Medien in den Siebzigerjahren, in: AfS 44 (2004), S. 293-326; siehe auch die Diss. ders., Zwischen Verwissenschaftlichung und Medialisierung – Demoskopie und ihre Auswirkungen auf den politischen Massenmarkt der Bundesrepublik 1949-1990, Diss. Bochum 2004.

⁸¹ Oliver Daddow (Hrsg.), Harold Wilson and European Integration – Britain’s Second Application to join the EEC, London 2003. Die Habilitation des Autors enthält erste Anhaltspunkte für einen solchen informellen Deal, insbesondere zum Sommer 1969. Dass sich diese Absprachen auch auf Brandts Verhalten auf dem entscheidenden EG-Gipfel in Den Haag im Dezember 1969 ausgewirkt haben, bleibt zu vermuten. Ohne Hinweis darauf: Claudia Hiepel, The Hague Summit of the EC – Britain’s entry and the ‚New‘ Atlantic partnership, Vortrag auf der Konferenz „The Atlantic Community Unraveling?“ an der Vanderbilt University in Nashville/Ten. im September 2004; sowie die Cambridger Dissertation von 2006 von Hartmut Philippe über die deutsch-britischen Beziehungen während Wilsons Erneuerung des EG-Antrages.

⁸² Für Rey s.o.; Georges-Henri Soutou, L’attitude de Georges Pompidou face à l’Allemagne, in: Association Georges Pompidou (Hrsg.), Georges Pompidou et l’Europe, Brüssel 1995, S. 267-313; Gottfried Niedhart, Partnerschaft und Konkurrenz – Deutsche und französische Ostpolitik in der Ära Brandt und Pompidou, in: Ilya Miecz/Pierre Guillen (Hrsg.), Deutschland-Frankreich-Rußland – Begegnungen und Konfrontationen, München 2000, S. 345-371; Andreas Wilkens, Accords et désaccords – La France, l’Ostpolitik et la question allemande 1969-1974, in: Ulrich Pfeil (Hrsg.), La République Démocratique Allemande et l’occident, Paris 2000 (sowie zahlreiche weitere Aufsätze von Wilkens); Markus Bernath, Wandel ohne Annäherung – Die SPD und Frankreich in der Phase der neuen Ostpolitik 1969-1974, Baden-Baden 2001.

sich und seine Berater, was wohl geschähe, wenn die Neuen Ostpolitiker in Bonn die Gelegenheiten erhielten, ihre Strategie demnächst auch in der DDR auszuprobieren. Das Szenario von Massenaufständen, ihrer gewaltsamen Niederschlagung, dem Eingreifen westdeutscher Verbände, die Involvierung sowjetischer Soldaten mit Folgewirkungen bis hin zu einem möglichen Atomwaffeneinsatz erschien ihm dann durchaus wahrscheinlich. Zu den Konsequenzen dieser persönlichen Albträume auf die deutsch-französischen Beziehungen auch in anderen Bereichen dürften die beiden Essener Dissertationen von Carine Germand und Claudia Hiepel bald weitere Facetten beitragen.⁸³

In den USA stieß die Neue Ostpolitik zunächst auf blanke Ablehnung. Sowohl Transformation als auch die Tatsache, dass sie ein deutscher Sozialist betreiben wollte, waren Anathema für Nixon.⁸⁴ Kissinger sah die Dinge zwar differenzierter, befand sich aber selbst in einer delikaten Lage zwischen der diplomatischen Maschinerie des State Department und dem präsidentiellen Antikommunismus. Hinzu kam, dass die CDU/CSU in Washington nur Wochen nach dem Machtwechsel 1969 bereits den Eindruck erweckte, die neue Regierung – bei entsprechender Hilfe aus dem Weißen Haus – stürzen zu können. Erst als die noch ausstehende Ratifizierung der deutschen Ostverträge mit den Berlinverhandlungen und einer möglichen Europäischen Sicherheitskonferenz verlinkt wurde, mutierten die Früchte der Bonner Ostpolitik auch zu einem „asset“, mit dem Kissinger in Moskau wuchern konnte. Konsequenterweise wurden erst dann, im Frühjahr 1972, auch die Beziehungen zu Brandt und Bahr herzlich, während Kissinger seinem Präsidenten beschied, dass nunmehr die von Barzel vorgetragene Sturzscenario nicht mehr in den „game plan“ des Weißen Hauses passten. Statt die Ostpolitik offen zu bekämpfen, entschied man sich, wie Kissinger in einem Gespräch mit dem Autor erzählte, nun dazu, die Ostpolitik zu unterstützen – und damit letztlich dirigieren und kontrollieren zu können.⁸⁵ Die Dreiecksverhältnisse Washingtons zu Paris bzw. London und Bonn, die Nixon zur Bekämpfung und Kontrolle Brandts und seiner Ostpolitik einzusetzen beabsichtigte, blieben aufgrund der skizzierten unterschiedlichen Interessenlage immer problematisch.⁸⁶

⁸³ *Carine Germand*, Deutsch-französische Beziehungen 1963-1989; *Claudia Hiepel*, Willy Brandt, Georges Pompidou und die europäische Einigung 1969-1974; beides Diss. i.V.

⁸⁴ Vgl. die handschriftliche Anmerkung Nixons auf einem Memorandum Kissingers vom Juli 1970. NARA: Nixon Papers, NSC, Country Files – FRG, Bd. 683.

⁸⁵ Gespräch Kissingers mit dem Autor im Juli 2003 in New York. Für Kissingers eigene Sicht zu Deutschland vergleiche siehe auch *Holger Klitzing*, *The Nemesis of Stability - Henry A. Kissinger's Ambivalent Relationship with Germany*, Diss. Heidelberg 2005.

⁸⁶ Zu diesem faszinierenden Aspekt Bonner Ostpolitik siehe *Stephan Fuchs*, „Dreiecksverhältnisse sind immer kompliziert“ – Kissinger, Bahr und die Ostpolitik, Hamburg 1999 (ohne Quellen, aus Interviews arbeitend); *Gottfried Niedhart*, *Das Problem der Détente im deutsch-französisch-amerikanischen Diskurs 1969/70*,

Das zweite entscheidende Forum für die Rezeption der Ostpolitik waren die eigentlichen Adressaten, die Staaten des Warschauer Paktes, allen voran die UdSSR und die DDR. Über das Desiderat einer auf internationale Quellen gestützten Historiografie der Außenpolitik der DDR ist bereits gesprochen worden.⁸⁷ Dies gilt um so mehr für die Perspektiven der anderen Warschauer Pakt Staaten im Umgang mit der Neuen Ostpolitik und ihren Bonner Galleonsfiguren. Hier gilt es, eine weitgehende Absenz relevanter historiografischer Darstellungen nicht nur seitens rumänischer, bulgarischer, russischer, tschechischer, jugoslawischer etc., sondern auch deutscher Historiker zu konstatieren. Eine Ausnahme bildet der 2004 von Jerzy Holzer und Jerzy Fiszer edierte Sammelband, der sich mit der Reaktion der Staaten des Warschauer Paktes auf die Ostpolitik der Bundesrepublik befasst.⁸⁸ Die Aufsätze sind jedoch stark heterogen: manche Beiträge (wie etwa von Christoph Kleßmann, Dieter Bingen, Miroslav Kunštát, Piotr Pysz) sind auf Deutsch, alle anderen auf Polnisch verfaßt; nur einige (vor allem von Piotr Madajczyk, Kunštát und Jarząbek) basieren auf archivalischen Quellen und heben sich damit teils deutlich von den benachbarten Erinnerungsberichten ab. Bahnbrechend sind die auf einer soliden Quellenbasis argumentierenden, allerdings noch nicht veröffentlichten Aufsätze von Mihail Ionescu über Rumänien und die deutsche Frage in den sechziger- und siebziger Jahren, von Csaba Bekes über die Abstimmungen im Warschauer Pakt über eine Europäische Sicherheitskonferenz, bei denen der deutschen Frage und der Bonner Ostpolitik entscheidende Bedeutung zufiel, sowie von Svetlana Savranskaya über sowjetische Détente und die Veränderung des Status quo in Mitteleuropa.⁸⁹ Das im Dezember 2005 angelaufene VW-Projekt zur Wirkungsgeschichte der KSZE an der Universität Mannheim, an dem Historiker aus sämtlichen ehemaligen

Vortrag vor der Konferenz Deutschland-Frankreich-Nordamerika – Transfers, Imaginationen, Relationen in Bonn im September 2004; ders., Frankreich und die USA im Dialog über Détente und Ostpolitik, in: Francia, Bd. 31/3 (2004), S. 65-85; ders., Anglo-American Relations in the Era of Détente and the Challenge of Ostpolitik, Vortrag vor der Konferenz „From Enmity to Friendship – Anglo-American Relations in the 19th and 20th Century“, Mülheim 2004.

⁸⁷ Hierzu ausführlich der Forschungsbericht des Autors, Die Außenpolitik der DDR – Plädoyer für ein vernachlässigtes Forschungsfeld, in: AfS 44 (2004), S. 492-500.

⁸⁸ Jerzy Fiszer/Jerzy Holzer (Hrsg.), *Recepcja Ostpolitik w RFN i w krajach bloku komunistycznego*, Warschau 2004.

⁸⁹ Mihail E. Ionescu, *Impactul politicii rasaritene a RFG asupra politicii interne si externe a Romaniei*. Vortrag auf einer Tagung in Berlin im Januar 2005, bislang unveröffentlicht; Csaba Bekes, *The Warsaw Pact and the Preparation for a European Security Conference 1964-1970*, Vortrag auf den Konferenzen in Münster 2004 und Zürich 2005, sowie auf Ungarns Perzeption der Ostpolitik fokussierender Beitrag für den 2006 von Bange/Niedhart bei Berghahn Books geplanten Sammelband „The CSCE 1975 and the Transformation of Europe“; Svetlana Savranskaya, *Soviet Interests, Expectations and Reactions to the Signing of the Helsinki Final Act*, *ibid.* Dazu etwas traditioneller bereits Matthew J. Ouimet, *The Rise and Fall of the Brezhnev Doctrine in Soviet Foreign Policy*, Chapel Hill 2003. Zur Perzeptionsgeschichte der Ostpolitik sind im Laufe des Jahres 2006 noch die Ergebnisse der Konferenz „Ostpolitik 1969-1974 – The European and Global Response“ an der Ohio State University im Mai 2006 nachzutragen, über deren Ergebnisse dem Autor bei Redaktionsschluß noch keine Einzelheiten bekannt waren.

Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes beteiligt sind, wird – so steht zu hoffen – weitere Schneisen in diese historiografische Terra incognita schlagen und damit auch einen wichtigen Beitrag zur Ostpolitikforschung leisten.

IV. Multilateralisierung und Kodifizierung in der KSZE als Versuch der Unumkehrbarmachung Bonner Ostpolitik

In nur wenigen Jahren war die Bundesrepublik im Westen vom Nachzügler und Bremser zum Vorreiter und Motor der Entspannung geworden. Die Umsetzung der Neuen Ostpolitik veränderte die Struktur der Ost-West Beziehungen nachhaltig. Die Reaktionen der Staaten des Warschauer Paktes waren zwar alles andere als uniform und auch keineswegs nur positiv. Dennoch bleibt zu konstatieren, dass es dieser aktiven Bonner Ostpolitik gelang, im kommunistischen Block seit langem etablierte Perzeptions- und Politikmuster grundlegend in Frage zu stellen. Die von den Neuen Ostpolitikern in allen westdeutschen Parteien intendierte Deeskalation des Ost-West-Konfliktes erfolgte auf mehreren Ebenen – von persönlichen zu Partei-, Wirtschafts- und Kulturkontakten, von kleineren bilateralen Fachabkommen über aufsehenerregende Staats- und Handelsverträge bis hin zu Abrüstungsverhandlungen, die notwendigerweise auch die militärischen Blöcke involvierten. Die Multilateralisierung dieser Deeskalationspolitik in der KSZE war aber weder zufällig noch zwangsläufig. Die nach langjährigen Verhandlungen 1975 in Helsinki versammelte Konferenz der Regierungschefs bedeutete beides: die Anerkennung der Nachkriegsrealitäten in Europa *und* den Beginn einer neuartigen multilateralen Dynamik in den Ost-West-Beziehungen. Für beide Aspekte war die Bonner Ostpolitik von zentraler Bedeutung. Umgekehrt stellte die Konferenz von Helsinki aber auch einen Höhepunkt der von Moskau initiierten Entspannungsära dar. Die Reaktionen im Warschauer Pakt divergierten enorm: Die Machthaber in Polen und der DDR fürchteten nichts so sehr wie eine weitere, vielleicht unkontrollierbar werdende Öffnung nach Westen. Zugleich schien man in Ungarn, dass sich mit seinem außenpolitischen Gehorsam gegenüber der sowjetischen Führungsmacht innenpolitischen und wirtschaftlichen Spielraum erkaufte hatte, nur auf ein Signal gewartet zu haben, um die Kontakte zum Westen und insbesondere zur Bundesrepublik intensivieren zu können. Der noch relativ junge Führer der rumänischen KP Ceaucescu hatte sich spätestens 1968 selbst als Vorreiter von Entspannung in Europa geriert (die sich aber keinesfalls auf die innerrumänischen Verhältnisse ausweiten sollte); und in Bulgarien wollte oder konnte Todor Schiwkow einerseits auf den Schutz der übermächtigen sowjetischen Genossen nicht verzichten, war andererseits aber allzu gern

bereit, die traditionellen Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland (lies: zur prosperierenden Bundesrepublik) möglichst rasch wiederzubeleben.⁹⁰

Seit 1954 hatte die Forderung nach einer Europäischen Sicherheitskonferenz zum festen Propagandarepertoire des Ostens gehört. Doch erst mit dem sogenannten Budapester Appell des Warschauer Pakts Anfang 1969 trat Verhandlungsbereitschaft an die Stelle bisheriger Rhetorik. Vor diesem Hintergrund konnte der Planungsstab im Auswärtigen Amt unter der Leitung von Bahr eine Strategie ausarbeiten, die nach einer Phase des bilateralen Gewaltverzichts und einer vertraglichen Institutionalisierung der Entspannung in eine Multilateralisierung der Ostpolitik münden sollte. Ziel war eine Konferenz, die ein umfassendes Europäisches Sicherheitssystem begründen und auf diese Weise die deutsche Frage neu aufrollen sollte. Außerdem sollte die Konferenz, was später in „Korb III“ besprochen wurde, zu mehr Informationsfreiheit und Freizügigkeit im Warschauer Pakt und damit zu einem deutlichen Wandel in den Gesellschaften und politischen Systemen des östlichen Europa führen. Indem Bonn durch die Respektierung des Status quo eine für das Zustandekommen der Konferenz unabdingbare Vorleistung erbrachte, schuf es zugleich die Voraussetzung, um mit „Korb III“ eine zentrale Forderung des Westens durchsetzen und die ursprüngliche sowjetische Vorstellung von den Inhalten einer Europäischen Sicherheitskonferenz nicht nur zu erweitern, sondern geradezu in ihr Gegenteil verkehren zu können.⁹¹

Angesichts dieses in der Tat großformatigen Bildes vielseitiger – und vielfach divergierender – nationaler und gesellschaftlicher Interessen wird deutlich, welche gehobene Ansprüche an die historische Forschung zur Entspannungs- und Ostpolitik in ihrer multilateralen Phase gestellt werden. Ohne eine umfassende, sprich möglichst breite internationale Quellenbasis sind weder die Validität nationaler oder individueller Einschätzungen noch Erfolg oder Misserfolg der diversen Politikansätze hinreichend zu beurteilen. Die Vernetzung nationaler Forschungen drängt sich auf. Gemessen daran befindet sich die Forschung aber erst in bescheidenen Anfängen, was auch damit zusammenhängen dürfte, dass diese Phase der Zeitgeschichte infolge der allgemein geltenden Sperrfristen gerade erst beginnt, zum Forschungsgegenstand zu werden. Völlig korrekt hat kürzlich Jost

⁹⁰ Siehe *Jordan Baev* (Hrsg.), *Bulgaria and the Cold War - Documents From Todor Zhivkov's Personal Records, 1956-1989*, a CD ROM bilingual documentary volume, Sofia 2002 (mit historischer Einleitung des Herausgebers).

⁹¹ Die hier vorgestellte Dichotomie von Sicherheit und Wandel, angelegt sowohl in der bundesdeutschen Ostpolitik als auch später im KSZE-Prozeß, basiert auf den Ausführungen von *Gottfried Niedhart*, *Status quo vs. Peaceful Change – The German Question During the ESC/CSCE Process*, und *Oliver Bange*, *An Intricate Web – Ostpolitik, the European Security System and Unification*, aus dem unten angeführten, noch 2006 bei Berghahn erscheinenden Sammelband „*The CSCE 1975 and the Transformation of Europe*“.

Dülffer die Desiderata benannt. Die Vorgeschichte der KSZE sei „noch kaum mit internen Quellen untersucht worden“, und es mangle an „gründlichen Forschungen“ zu verschiedenen Aspekten der Annäherung zwischen Ost und West.⁹²

Damit soll nicht gesagt werden, dass eine historiografische KSZE-Forschung über keinerlei Anknüpfungspunkte verfügen würde. Zu nennen sind zunächst die Forschungen zur Entspannungspolitik allgemein und zur Vorgeschichte und zum Beginn der KSZE im besonderen.⁹³ Die Problematik einer europäischen Sicherheitskonferenz, die 1954 von der Sowjetunion angestoßen und seitdem immer wieder diskutiert wurde, und die KSZE selbst sind bisher eine Domäne der Politikwissenschaftler gewesen⁹⁴ bzw. aus dem Blickwinkel von früheren Diplomaten behandelt worden.⁹⁵ Die historische Forschung, die über publizistisches Material und die ältere Forschung⁹⁶ hinausgeht, steckt noch in den Kinderschuhen. Erste Ansätze erfolgten kürzlich im Rahmen einer von Wilfried Loth und Georges Soutou organisierten Konferenz über „Eastern Europe and Western Europe in the Cold War 1965-1975“⁹⁷. Aber auch hier stand die KSZE als neuartige Institution zur Zivilisierung des Ost-West-Konflikts oder als Katalysator für die Liberalisierung in einzelnen Staaten des Warschauer Pakts im Vordergrund, während ihre Bedeutung für die Neustrukturierung des deutsch-osteuropäischen Wahrnehmungs- und Beziehungsgeflechts noch nicht beschrieben worden ist. Ähnliches gilt für die im September 2005 in Zürich abgehaltene internationale Tagung „At the Roots of the European Security System – Thirty Years since the Helsinki Final Act“, auf der das internationale System der Détente-Jahre aus der Perspektive fast aller Teilnehmerstaaten der KSZE umfassend beleuchtet wurde.⁹⁸ Einigen Schlüsselfragen der

⁹² Jost Dülffer, *Europa im Ost-West-Konflikt 1945-1991*, München 2004, S. 187f.

⁹³ Erwähnt seien nur *Gustav Schmidt* (Hrsg.), *Ost-West-Beziehungen - Konfrontation und Détente 1945-1989*, 3 Bde. Bochum 1993-95; *Raymond L. Garthoff*, *Détente and Confrontation: American-Soviet Relations from Nixon to Reagan*, Washington 1994; *Wilfried Loth*, *Helsinki*, 1. August 1975. *Entspannung und Abrüstung*, München 1998; *Georges-Henri Soutou*, *La guerre de cinquante ans. Le conflit Est-Ouest 1943-1990*, Paris 2001; *Jussi Hanhimäki*, *The Flawed Architect. Henry Kissinger and American Foreign Policy*, Oxford 2004. Im übrigen sei auf die Erfassung der Literatur bei Dülffer (Anm. 15) verwiesen.

⁹⁴ Vgl. *Peter Schlotter*, *Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Wirkung einer internationalen Institution*, Frankfurt 1998; *Sigrid Pöllinger*, *Die KSZE/OSZE als Friedens- und Menschenrechtsorganisation 1966-1998*, München 2000; *Daniel C. Thomas*, *The Helsinki Effect. International Norms, Human Rights, and the Demise of Communism*, Princeton 2001.

⁹⁵ Erschienen sind einige Memoiren von Beteiligten. Darüber hinaus gehen *John J. Maresca*, *To Helsinki - The Conference on Security and Cooperation in Europe 1973-1975*, Durham 1987; sowie *Jacques Andréani*, *Le piège – Helsinki et la chute du communisme*, Paris 2005.

⁹⁶ Siehe etwa *Vojtech Mastny*, *Helsinki - Human Rights and European Security. Analysis and Documentation*, Durham 1986; *P. Becker*, *Die frühe KSZE-Politik der Bundesrepublik Deutschland*, Hamburg 1992.

⁹⁷ Die von *Wilfried Loth/Georges Soutou* organisierte Konferenz „Eastern Europe and Western Europe in the Cold War 1965-1975“ fand vom 21.-23. Oktober 2004 in Münster statt; die Beiträge sollen 2006 ediert werden.

⁹⁸ Konferenz „At the Roots of the European Security System – Thirty Years since the Helsinki Final Act“, Zürich, 7.-10.9.2005, organisiert vom Center for Security Studies der ETH Zürich in Kooperation mit dem

KSZE – von „Ersatz-Peace“ (so der amerikanische Delegationsleiter John Maresca) über „peaceful change“ zu „freedom of movement“ - soll sich ein noch für 2006 bei Berghahn Publishers angekündigter internationaler Sammelband unter dem Titel „The CSCE 1975 and the Transformation of Europe“ widmen. Im Mittelpunkt steht dabei die sogenannte „deutsche Frage“ als zentrales Problem für das beabsichtigte Europäische Sicherheitssystem genauso wie für Status quo oder Wandel in Europa.⁹⁹

Mit dem KSZE-Prozess eng verbunden ist das genauso weite wie für den Gang der Geschichte wichtige und dabei historiografisch bislang ebenfalls weitgehend unbearbeitete Themenfeld von Eigen- und Fremdwahrnehmung. Publikationen zur politisch-historischen Relevanz sind hier nach wie vor selten. Ausnahmen mit Bezug zur Ostpolitikforschung bilden der im Jahre 2000 im Auftrag der Brandt-Stiftung herausgegebene Band zur Wahrnehmung Willy Brandts in Polen und Deutschland¹⁰⁰ sowie die immer noch relevante Studie von Reiner Albert zur Wahrnehmung der Sowjetunion durch Bonns Neue Ostpolitiker.¹⁰¹ Wichtige Ansätze in der Spezialfrage der Bedrohungsanalyse und der (Fehl-)Einschätzung von Militärpotentialen liefern hier die mit einer längeren Einführung versehene Dokumentation zur Geschichte des Warschauer Pakts von Vojtec Mastny und Malcolm Byrne, die von Gustav Schmidt herausgegebene Geschichte der NATO und die Monografie von Dana Allin.¹⁰² Mit Deutschlandbildern im östlichen und westlichen Europa befaßten sich 1991 und 1993 von Hans Süssmuth und Günter Trautmann herausgegebene Bände,¹⁰³ deren Fragestellungen im Lichte neu zugänglich gewordener Quellen unbedingt weiterverfolgt werden sollten. Einen wichtigen Schritt in diese Richtung stellt der 2005 erschienene Band des Archivs für Sozialgeschichte dar, wo der West-Ost-Verständigung im Spannungsfeld von Gesellschaft und Staat seit den sechziger Jahren nachgegangen wird.¹⁰⁴ Gerade durch die Kombination

National Security Archive, Washington, und dem Machiavelli Center der Universität Florenz. Eine Auswahl der Vorträge soll in Form eines Sammelbandes Anfang 2007 bei Routledge erscheinen.

⁹⁹ Vorauss. Titel und Erscheinungsjahr: *Gottfried Niedhart/Oliver Bange* (Hrsg.), *The CSCE 1975 and the Transformation of Europe*, Oxford/New York 2006.

¹⁰⁰ *Carsten Tessmer* (Hrsg.), *Das Willy-Brandt-Bild in Deutschland und Polen*, Berlin 2000.

¹⁰¹ *Reiner Albert*, *Das Sowjetunion-Bild in der sozial-liberalen Ostpolitik 1969-1975*, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 24 (1995), S. 299ff

¹⁰² *Vojtec Mastny/Malcolm Byrne* (Hrsg.), *A Cardboard Castle? An Inside History of the Warsaw Pact 1955-1991*, Budapest 2005. *Gustav Schmidt* (Hrsg.), *A History of NATO. The First Fifty Years*, 3 Bde. London 2001. Vgl. auch *Dana H. Allin*, *Cold War Illusions - America, Europe and Soviet Power 1969-1989*, New York 1998.

¹⁰³ *Hans Süssmuth* (Hrsg.), *Deutschlandbilder in Polen und Russland, in der Tschechoslowakei und in Ungarn*, Baden-Baden 1993. Mit Schwerpunkt auf dem Ende des Ost-West-Konflikts, aber unter deutlicher Berücksichtigung der historischen Dimension auch *Günter Trautmann* (Hrsg.), *Die hässlichen Deutschen? Deutschland im Spiegel der westlichen und östlichen Nachbarn*, Darmstadt 1991.

¹⁰⁴ AfS 45 (2005) in dem u.a. die Rolle von Jugendkultur, Kirche, Friedensbewegung, Gewerkschaften, Schulbuchkommissionen, Stipendien politischer Stiftungen in diesem Kontext nachHrszeichnet wird.

dieser Ansätze – zwischen Wirtschafts-, Medien-, Diplomatie- und Perzeptionsgeschichte – versucht das bereits erwähnte und gerade erst angelaufene Mannheimer Projekt, der Geschichte und den Wirkungen der KSZE im östlichen Europa genauso wie in Bezug auf die Deutschen und ihre sich verändernde Wahrnehmung dort nachzuspüren.¹⁰⁵

Nach dem Aufstoßen derartig vieler historiografischer Türen fällt ein abschließendes Fazit besonders schwer und muss naturgemäß recht allgemein ausfallen. Eines aber lässt sich mit Bestimmtheit konstatieren: Dass nämlich, was am Beispiel der Historiografie zur KSZE besonders deutlich wurde, nach wie vor auch für die gesamte Geschichte der Ost- und Entspannungspolitik gültig ist. Das Desiderat einer international angelegten, das heißt vor allem multiperspektivischen, multiarchivalischen, multi- beziehungsweise transnationalen Forschung verspricht neben weiten Forschungsfeldern in den kommenden Dekaden auch, so darf man hoffen, im Resultat viele wichtige, grundlegende Einsichten zu historischen Prozessen, die das heutige Europa entscheidend geprägt haben.

¹⁰⁵ Der volle Titel des von Gottfried Niedhart geleiteten und vom Autor koordinierten Projektes der VolkswagenStiftung lautet: „Entspannung und KSZE in Europa: Die Staaten des Warschauer Pakts und die Bundesrepublik Deutschland in wechselseitiger Wahrnehmung und Annäherung 1966-1975“. Über Ansätze, Teilnehmer, Zielsetzungen und Veröffentlichungen informiert die Webseite www.CSCE-1975.net.